

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlen. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänemark, Skandinavien, Ostpreußen, Litauen, Bessarabien, Dalmatien, Bulgarien, Griechenland, 4.50 Reichsmark, für das Abonnement 1.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der „Kriegs- und Sozialpolitik“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Was der Himmel“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Weite“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierleistung 80 Pfennig, Reklamewerke 5.- Reichsmark. Kleine Anzeigen das festbezeichnete Wort 25 Pfennig (außer zwei festbezeichnete Worte), jedes weitere Wort 15 Pfennig. Stellenanzeigen das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußfrist von 8 1/2 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 31. Dezember 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3  
Vertikalkonto: Berlin 27 536 - Bank für Arbeit, Sparkassen und Beamten. Bankr. 65: Distanz-Gesellschaft, Dönhofsche Lindenstr. 1.

Faschistengruß an Litauen.

Mussolini schickt Sondergesandtschaften.

Kowno, 30. Dezember. (OE.) Staatspräsident Smetona hat von dem Generalsekretär der faschistischen Partei Italiens eine Begrüßungsadresse erhalten, in welcher es heißt: „Wir halten Litauen für die zweite junge Macht, die in die Reihen der Kämpfer gegen alle Zerstückelungstendenzen tritt. Mit Glückwünschen Gratul.“ Diese Adresse hat eine Persönlichkeit aus dem näheren Bekanntenkreis Mussolinis überbracht.

Dieser Glückwunsch — und noch mehr seine Annahme — kennzeichnen genügend das neue Regime in Litauen und passen zu seinen ersten Taten: der Unterdrückung jeder Opposition, der Erfassung der Pressefreiheit durch den Kriegszustand, der Ermordung der Kommunisten „von Rechts wegen“ und der grundlosen Ausweisung von Bürgern des großen westlichen Nachbarstaates. Ob die Gleichstellung mit Bismarck-Polen — denn das soll die andere „junge Macht“ sein, von der der römische Glückwunsch spricht — dem braunen Smetona besonders angenehm ist, das möchten wir bezweifeln, da Smetona der Haupttrübsal im Chor „Wilna muß litauisch sein!“ ist.

Für die Zustände in Litauen ist es bezeichnend genug, daß wir die Nummern des „Sozialdemokraten“ vom 9. und 15. Dezember heute erst, am 30. Dezember, durch die Post erhalten haben; sie sind laut Poststempel erst am 29. Dezember von Kowno (Kowno) abgegangen, man hat sie offenbar so lange zurückgehalten. Seit dem 15. dürfte das Blatt nicht mehr erschienen sein. Und wie „Ost-Express“ meldet, erklärt das Volkssozialistenorgan „Lituanos Vienos“, daß es auf

jede Art von Kommentar zu den politischen Ereignissen verzichtet werde.

Feldgerichte!

Kowno, 30. Dezember. (OE.) Alle Kommunisten, die jetzt nach dem Staatsstreich in Litauen noch abgeurteilt werden sollen, werden Feldgerichten übergeben werden, die aus zwei Offizieren und zwei Soldaten als Mitgliedern und einem Offizier als Vorsitzenden bestehen.

Moskauer Beurteilung.

Moskau, 30. Dezember. (OE.) In ihrer Wochenchau beschäftigt sich die „Pravda“ nochmals ausführlich mit der durch den Staatsstreich in Litauen für Osteuropa geschaffenen Lage. Das Blatt will wissen, daß das litauische Wahrecht schon in nächster Zeit in einer Weise verändert werden wird, welche das Proletariat und überhaupt die nichtbesitzenden Klassen um jeden Einfluß bei den Wahlen bringen würde. Die offiziellen litauischen Mittelungen über den geplanten Kommunistenputsch, zu dessen Vereitelung der Staatsstreich notwendig gewesen sei, weist die „Pravda“ als haltlose Erfindungen mit größter Verachtung zurück. In außenpolitischer Hinsicht fürchtet das Sowjetblatt sehr ernste Verwicklungen, da Polen ohne Zweifel schon beim geringsten Schatten eines Vorwandes gegen Litauen in der Art des Generals Zeligowski (der Wilna den Litauern entriß) vorgehen werde. Somit sei im neuen Jahr mit gefährlichen Komplikationen in Osteuropa zu rechnen, die Litauens große Nachbarländer, Deutschland und die Sowjetunion, nicht gleichgültig lassen könnten.

Eigentlich sind all diese Bestimmungen alte Bekannte — von reaktionären Gesetzentwürfen in verschiedenen Ländern her; sie in Kraft zu setzen, blieb dem ehemaligen Revolutionär der Tat, Joseph Pilsudski, vorbehalten. Damit sollen natürlich die Verdienste anderer Reaktionen um die Raufkorberhebung der Presse nicht geschmälert werden.

Tschechischer Beschlagnahmerekord.

Prag, 30. Dezember. (EP.) „Korodni Listy“ veröffentlicht eine Statistik der Pressezensur in der Slowakei. In den letzten sieben Jahren erschienen 33 tschechische und 16 deutsche Tageszeitungen, sowie eine magyarische. Diese 50 Blätter wurden in sieben Jahren 830 mal beschlagnahmt: die tschechische Presse 700 mal, die deutsche 110 mal und die magyarische 20 mal. Den Hauptanteil trägt das kommunistische „Rude Pravo“ (Rote Fahne), das 400 mal der Beschlagnahme verfiel, somit wöchentlich mindestens einmal.

Rückwirkungen des englischen Streiks.

Die Arbeiterhochschule muß eingehen.

London, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Da der Generalrat der Gewerkschaften infolge Erschöpfung seiner Kassen durch den Generallstreik außerstande ist, die für die Aufrechterhaltung einer Arbeiteruniversität erforderlichen Mittel zu beschaffen, hat er sich gezwungen gesehen, das ihm von der Gräfin Warwick zu diesem Zweck übergebene Schloss Easton Lodge der früheren Eigentümerin zurückzugeben.

Ein demonstrativer Zeichenzug.

London, 30. Dezember. (EP.) Das Begräbnis des verstorbenen Hinduführers Swami Shradhdanda zu Weihnachten in Delhi, gestaltete sich zu einer gewaltigen Kundgebung der Hindubewegung. Es nahmen daran rund 100 000 Menschen teil. Die Prozession dauerte sechs Stunden.

Regierungssieg in Mecklenburg.

Der Angriff der Rechten im Landtag abge schlagen.

Schwerin, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Im Mecklenburgischen Landtag wurde am Donnerstag das Programm der vereinigten Rechtsparteien zum Sturz der Regierung gerschlagen. Der Antrag der Deutschen Volkspartei: „Die Weihnachtsbeihilfe den Beamten, Angestellten und Arbeitern entsprechend der Reichsregelung zu gewähren“, wurde bei vollbesetztem Hause und überfüllten Tribünen nach reichlich agitatorischer Begründung durch Deutschnationale und Volksparteiler in namentlicher Abstimmung mit 20 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten Deutschnationale, Volksparteiler und Völkische, dagegen Sozialdemokraten, Demokraten, Wirtschaftsparteiler und Kommunisten. Ein deutschnationaler Landwirt blieb der Abstimmung ostentativ fern. Der Beschluß des Hauptausschusses, die Weihnachtsbeihilfe nach sozialen Gesichtspunkten zu gewähren, wurde mit 25 gegen 24 Stimmen gutgeheißen. Bei dieser Abstimmung stimmten die Wirtschaftler gegen die Regierung, da sie den Beamten keinerlei Weihnachtsbeihilfe gewähren wollten.

Das belgische Koalitionsproblem.

Vertagung der Entscheidung.

Der Weihnachtsparteitag der belgischen Arbeiterpartei sollte die Entscheidung darüber bringen, ob die belgischen Sozialisten weiter der Regierung angehören oder die vier sozialistischen Minister aus dem Kabinett austreten sollen. Eine wochenlange Debatte über diese Schicksalsfrage war in den einzelnen Bezirksverbänden und Ortsvereinen sowie in den Spalten der Parteipresse dem Kongress vorangegangen. Auf dem Kongress selbst haben neben den beiden Hauptreferenten Vanderveelde (für die Fortsetzung der Koalitionspolitik) und Mathieu (gegen die weitere Beteiligung an der Regierung) zahlreiche Diskussionsredner beider Auffassungen das Wort ergriffen. Trotzdem ist es zu keinem Beschluß gekommen, nicht einmal zu einer Abstimmung, vielmehr wurde die Entscheidung dadurch umgangen und vertagt, daß ein ausgearbeitetes konkretes Regierungsprogramm an die Bezirksorganisationen zur Stellungnahme und Beschlussfassung zurückverwiesen wurde.

Schon dieser unerwartete Ausgang des Parteitages beweist, wie sehr das zur Debatte stehende Problem umstritten war. Die beiden Grundrichtungen, die allerdings in sich keineswegs geschlossen sind, sondern verschiedene Schattierungen aufweisen, waren anscheinend gleich stark, so daß man es im gegenwärtigen Zeitpunkt für besser hielt, eine Kraftprobe zu vermeiden. Dabei muß betont werden, daß der Parteitag von Anfang bis zu Ende auf einem sehr hohen, sachlichen Niveau stand und daß die Debatte von geradezu vorbildlicher Sachlichkeit war.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen und verfehlten Rückschlüssen sei vor allem festgestellt, daß das Problem von fast allen Rednern als ein taktisches aufgefaßt wurde. Die belgischen Sozialisten sind fast in ihrer Gesamtheit über das grundsätzliche Stadium hinaus. Die theoretische Zulässigkeit der Koalitionspolitik steht überhaupt nicht mehr zur Diskussion. Dagegen wird die aktuelle Frage, ob man die bisherige Koalitionspolitik fortsetzen darf, durchaus verschieden beurteilt. Man darf nämlich nicht vergessen, daß seit dem Sommer 1926 in Belgien eine Regierung des Burgfriedens am Ruder ist, der alle drei großen Parteien angehören, die Katholiken, die Liberalen und die Sozialisten. Nach den Aprilwahlen von 1925, die der Partei einen so großen Erfolg brachten, daß ohne sie nicht mehr regiert werden konnte, war eine Linksregierung (Poullet-Vanderveelde) gebildet worden, die sich einerseits auf die Sozialisten, andererseits auf die fortschrittlichen Elemente der katholischen Partei, besonders auf die christlichen Gewerkschaftsführer, stützte. Diese Koalition war zwar zahlenmäßig stark genug, sie wurde jedoch durch die Treibereien innerhalb der katholischen Partei unterminiert. Vor allem aber erwies sie sich als nicht stark genug, um dem Druck des finanziellen und industriellen Großkapitals Widerstand zu leisten. Der belgische Franken war das Opfer dieser wirtschaftspolitischen Erpressung der vereinigten katholischen und liberalen Kapitalisten. Die Frankenpanik erreichte im Sommer 1926 gleichzeitig mit der französischen ihren Höhepunkt. In dieser tragischen Lage opferte sich die Sozialistische Partei, um größeres Unheil für die Arbeiterklasse zu verhüten, und willigte in eine Burgfriedenskoalition aller Parteien ein, die als Hauptaufgabe die Stabilisierung der Währung durchführen sollte. Diese ist nun im Herbst erfolgt. Die Frage war nun: soll nach Erfüllung dieses Hauptpunktes ihres Programms die Koalition gelöst werden?

Die einen — unter Führung Vanderveeldes und der meisten Gewerkschaftsführer — sagten: Selbst angenommen, wir müßten in der Währungsfrage über den Berg und es drohen keine Rückschläge mehr — jetzt gilt es, durch unser Verbleiben in der Regierung dafür zu sorgen, daß die Folgen der Stabilisierung nicht nur von der Arbeiterklasse getragen werden. Außerdem haben die Sozialisten in der Regierung noch andere große Aufgaben zu lösen, insbesondere auf außenpolitischem Gebiete. Daß unsere bisherige Tätigkeit in der Regierung nicht voll befriedigend war, daß viele Genossen mit den Konzessionen, die wir an die bürgerlichen Koalitionspartner machen mußten, unzufrieden sind, wissen wir. Trotzdem haben auch wir den anderen wesentlichen Zugeständnisse abgerungen, sowohl hinsichtlich der Krisenfürsorge, wie auch der Militärdienstzeit und endlich durch die bedingungslose Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Wirtschaftstanda. Verlassen wir es also noch auf weitere sechs Monate auf Grund eines fest umrissenen, wenn auch sehr bescheidenen Programms — dann werden wir sehen, ob wir weiter in der Regierung bleiben können.

Die anderen — unter Führung des an sich keineswegs „radikalen“ Genossen de Brouckere — der sich übrigens schon vor Monaten gegen die Beteiligung an der Burgfriedensregierung ausgesprochen hatte — antworteten: Unsere Koalitionspolitik ist unbefriedigend. Wir verlieren durch sie immer mehr an Stimmen, und wir laufen Gefahr, durch sie sogar unseren sozialistischen Geist einzubüßen. Insbesondere die

Widerrechtlicher Polenschulzwang.

Nichtbefolgung rechtswidriger Befehle wird bestraft!

Erst in unserer Donnerstagabendausgabe haben wir nochmals auf die Entscheidung der Gemischten Kommission für Oberschlesien hingewiesen, die die listig und gewalttätig erscheinende Einschulung Tausender deutscher Kinder in polnische, statt in deutsche Schulen für rechtswidrig erklärt hat. Am gleichen Tage hatte das Landgericht Rattowitz über die Berufung von Eltern zu entscheiden, die sich durch Fernhaltung ihrer Kinder von der polnischen Schule dieser Rechtswidrigkeit widersetzt hatten und dafür recht hart bestraft werden sollten, so z. B. im Hohenlindener Fall vom Königshütter Schöffengericht mit Geldstrafen bis zu 38 Floty bzw. 16 Tagen Gefängnis. Die Berufung wurde so begründet, daß nach dem Genfer Abkommen den Erziehungsberechtigten das Bestimmungsrecht allein zustehe und nicht der Wohnerschaft. Obwohl die Verteidigung auf die jüngste Entscheidung Calonders hinwies, bestätigte das Landgericht das Urteil auf Kosten der Angeklagten mit der Begründung, daß nach einer Verfügung der Wojewodschaft vom Jahre 1924 erst weitere Entscheidungen abgewartet werden müßten, jedoch immerhin die Pflicht zum Schulbesuch bestanden habe.

Dieses Urteil ist um so ungerechter und um so deutlicher gegen Calonder selbst gerichtet, als er gleichzeitig mit seiner Entscheidung die Behörde auch erlucht hatte, die betreffenden Eltern nicht zu bestrafen. Polen wird schwerlich neue Freunde im Völkerbund erwerben, wenn es dessen Beauftragten demonstrativ Mißachtung bekundet!

Pilsudskis Pressezwang.

Reaktionäre Anbelung der Pressefreiheit.

Warschau, 30. Dezember. (WFB.) Das neue Pressedekret soll bis zum 1. Januar 1927 in Kraft gesetzt werden. Es bestimmt unter anderem: Personen unter siebzehn Jahren dürfen nicht Zeitungen verkaufen, und beim Verkauf dürfen nur die Titel der Zeitungen, nicht aber Artikel ausgerufen werden. Der Verleger einer gedruckten Beleidigung kann verurteilt werden, dem Beleidigten eine Entschädigung bis zu 10 000 Floty zu zahlen wegen des ihm zugefügten moralischen Schadens — es wird also manchmal ganz nützlich sein, sich beleidigen zu lassen. Sofern die Beleidigung Privatverhältnisse betrifft, ist der Beweis der Wahrheit oder des guten Glaubens überhaupt unzulässig.

Habe Gefängnisstrafen bedrohen „das Ansehen des Staates herabsetzende Veröffentlichungen“ hier wird sogar das Redaktionsgeheimnis aufgehoben, denn der Redakteur, der bis zu drei Jahren Gefängnis für schuldige Veröffentlichung einer inkriminierten Mitteilung erhalten kann, ist straffrei, wenn er den Autor nennt und dieser vor Gericht gestellt werden kann. Wer einmal wegen Vergehens verurteilt wurde, darf drei Jahre lang nicht verantwortlich zeichnen. Der Strafvollzug wird nicht durch eine Berufung gegen das Urteil des zuständigen Drei-Richter-Kollegiums aufgehoben.

Jugend, die an offenen Kampf gewöhnt ist, versteht uns nicht, wenn wir immer nur hinter den Kulissen kämpfen und Kompromisse abschließen müssen. Das ist aber ganz besonders in der jetzigen Regierung der Fall, die die Vertreter der schlimmsten sozial- und wirtschaftlichen Reaktionen einschließt. Gewinnen wir unsere Freiheit wieder, und zwar schon jetzt, denn wir riskieren, wenn die Krise überwunden ist, wenn das Land uns nicht mehr braucht, von den Bürgerlichen hinausgedrängt zu werden. Dann ist der politische Schaden um so größer. Ründigen wir die Koalition im Interesse der Geschlossenheit der Partei!

Das sind auf beiden Seiten Argumente, die deutschen Ohren heimlich klingen, aber sie gelten, wie gesagt, für den besonderen Ausnahmefall einer Bürgerlichenregierung, an der alle Parteien beteiligt sind. Das Schwierige und fast Tragische an der jetzigen Situation liegt darin, daß auch ein Bruch der Koalition keine Lösung bringt. Die jetzige Kammer besteht aus 78 Sozialisten, 78 Liberalen, 23 Demokraten, 6 säkularistischen Nationalisten und 2 Kommunisten. Eine rein bürgerliche Regierung ist angesichts der tiefen Gegensätze zwischen Liberalen und Katholiken (und auch des Widerstandes der katholischen Arbeiter gegen eine solche Lösung) kaum denkbar. Eine Rückkehr zur Koalition von Sozialisten und „Christlichen Demokraten“, wie sie ein Jahr lang bestanden hat, erscheint nach den Erklärungen Bänderweldes ausgeschlossen. Eine Auflösung und eine Neuwahl würde im jetzigen Zeitpunkt für die Sozialistische Partei, wie der Gewerkschaftsführer Mertens, ohne Widerspruch zu begegnen, festgestellt hat, sehr ungünstig sein. Eben diese Schwierigkeit, einen Ausweg zu finden, mag dazu beigetragen haben, die Entscheidung des Parteitages zu verschieben.

Für die europäische Arbeiterklasse ist der Ausgang dieser Auseinandersetzung von großem Interesse. Nicht zuletzt deshalb, weil es für die künftigen außenpolitischen Verhandlungen, insbesondere über das Schicksal des Rheinlandes, nicht gleichgültig sein kann, ob die offiziellen Vertreter Belgiens in Genf Bänderweld und Brouckere oder Jaspars und Hymans heißen.

## Hugenberg-Gift.

Wie man öffentliche Meinung in Krisenzeiten macht.

Herr Hugenberg verfügt durch die „Wipro“, ein Korrespondenzunternehmen, täglich ein paar hundert Zeitungen in der Provinz mit Artikelmaterial. Er hat verschiedene Ausgaben, die jeder Parteistellung gerecht werden. In der deutsch-nationalen Ausgabe vertritt die „Wipro“ einen Artikel „Regierungsweihnachten“, in dem folgende Wänter enthalten sind:

„Herrn Dr. Marx ist der Sturz von der Leiter, fast, wenn er nach dem schönen Apfel greifen will, gerade nichts Neues. Und um ihm auch das Neueste nicht zu ersparen, hielt ihm Scheidemann noch kurz vor der Katastrophe in seiner landesväterlichen Rede, die kalte Teufelsfaust entgegen.“

Aber nur der ist restlos aufgeschmissen, der keine Ausrede mehr weiß. So gilt es, zweierlei fertig zu bringen: den Landesväter Scheidemann zu absolvieren und die Schuld am Sturz der Regierung von den Sozialdemokraten abzumägen. Und die Presse des Zentrums und der Demokraten macht sich mit üblichem Eifer an diese Sisyphusarbeit.

Zunächst Scheidemann. Während die anständige Presse des Auslands in den schärfsten Ausdrücken ihrer Entrüstung über den deutschen Theresites Luft macht, von einer Schmach spricht, während die feindliche Presse jubelt, daß ihr wieder mal ein Helfer „für die Militärkontrollkommission“ erstanden ist, haben die Zeitungen der Weimarer Koalition nur Töne sanft melancholischer Vagart. Sie finden das Vorgehen des Mannes mit der gereizten Leber erstaunlich, schwer begreiflich, taktisch unklug, aber nichts von Empörung über den Hefersheffer Poincarés. Da ist nicht einer, der es wagte, der Kage die Schelle umzuhängen. Berrai Berrai zu nennen, die Gemeinschaft mit dieser Ge-

sellchaft abzulehnen, die einen Scheidemann als Führer duldet. Mit diesen Leuten soll ein Hindenburg verhandelt?

Die Herren Volksvertreter sind mit einem „Uff!“ der Erleichterung nach Hause gefahren und können nun unter dem Tannenbaum vergnüglich singen: Wir haben kein Präsidium! Der 19. Januar ist noch weit, und mügen die Herren Minister sehen, wie sie wieder in den Besitz ihrer schönen Sessel kommen.“

Man wird sagen, das sei ein bloßes, unpolitisches Geschimpfe, verlogen, verteidigerisch, verkehrend? Bitte, nein, das ist Hugenberg's Politik.

Das drucken Hunderte von Zeitungen in Deutschland, die sich „national“ nennen. Undesehen, so wie die Giftstücker von Hugenberg es ihnen vorsehen. Öffentliche Meinung, Marke Hugenberg.

Eine nette Wiper, diese Wipro!

## „Ein unerhörter Skandal.“

„Kreuz-Zeitung“ gegen „Deutsche Zeitung“.

Die „Kreuz-Zeitung“ wendet sich gegen Ausführungen des Professors F. W. Foerster in der „Germania“, in denen gesagt wird, daß die nationalsozialistischen Kreise Deutschlands die Verständigung mit Frankreich zu hintertreiben versuchen. Es sei ein unerhörter Skandal, daß das offizielle Sprachrohr des Zentrums derartige Betrachtungen bringe. Die französische Presse werde sich zum Schaden der deutschen Politik gierig auf die Kreuzzüge stürzen.

Das deutsch-nationale Parteiorgan hat nicht unrecht. Aber die französische Presse braucht ihre Aufklärungen über die Absichten der deutschen Nationalisten nicht aus zweiter Hand entgegenzunehmen. Das Quellenstudium ist bequemer. Die „Deutsche Zeitung“, die erst in der vorbergehenden Nummer die deutsche Außenpolitik als „Vaterlandsverrat und Gehirnerweichung“ bezeichnet hatte, weil sie nicht französischfeindlich ist, veröffentlicht folgende Reizjahrsforderung der „Bereinigten Vaterländischen Verbände Bagerns“:

1. Es gilt heute zu überwinden alle Gedanken und die Träger der Gedanken, die eine Verbindung mit unserm Erbfeind, dem Franzosen, wollen. Heulende Proteste machen keinen gemordeten Deutschen mehr lebendig, die allzuspäte Entrüstung wirkt als Theater. Der Franzose bleibt Franzose.

2. Wir müssen alle Verbände und Parteien, mit denen wir arbeiten sollen und wollen, dahin prüfen, ob sie irgendwie partiiellieren wollen mit der vaterlandsfeindlichen Partei eines Scheidemann, mit der christentumsfeindlichen Sozialdemokratie, mit der eigentumsfeindlichen Sozialdemokratie. Wer hier in unklaren Wendungen der Antwort sich entzieht, wird nie die Verantwortung in unserem Sinne auf sich nehmen.

3. Als Feinde deutscher Art sind zu betrachten alle jene Gruppen, die den Unitarismus wollen. Er ist das beste Mittel, um das Deutsche Reich zu zertrümmern und die Verwirklichung eines größeren Deutschlands zu verhindern.

4. Zu überwinden gilt es alle jene Bestrebungen, die in einer sogenannten „deutschen Republik“ ihr Ziel erblicken. Die Republik ist die Verneinung des deutschen Führergedankens, der untödlich ist von unserer wahren Volkheit. Wer diesen deutschen Führergedanken, der in der Monarchie gipfelt, ablehnt, ist deutscher Art fern.

Was sagt die „Kreuz-Zeitung“ dazu? Ist es falsch, wenn man aus diesen Forderungen den Schluß zieht, daß die Nationalisten Deutschlands die Verständigung mit Frankreich zu hintertreiben wünschen? Indem sie die Ausführungen Foersters in der „Germania“ einen „unerhörten Skandal“ nennt, spricht die „Kreuz-Zeitung“ über die Politik der „Deutschen Zeitung“ das Todesurteil aus.

## Eine Zulage für die Ärzte.

Schzig Millionen.

Die Preussische Gebührenordnung für Ärzte ist durch die Verordnung des preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt mit Wirkung vom 1. Januar ab um 25 Prozent für die teilsgeleglichen

Krankentassen erhöht worden. Den Krankentassen steht durch diese Erhöhung der Arztkosten eine jährliche Mehrausgabe von 60 Millionen Reichsmark. Eine nette, runde Summe!

Die gleiche Freigiebigkeit hat man bei Behörden noch nicht feststellen können, wenn es sich um die Erhöhung der Löhne und Gehälter handelt. Dafür dürfen aber die Arbeiter und Angestellten diese Mehrräume aus ihren Beiträgen aufbringen, denn sie haben zwei Drittel der Lasten zu tragen.

Die Erhöhung der Arzthonorare wird nicht ohne Einwirkung auf die Beiträge bleiben. Die Krankentassenverbände haben vergeblich gegen diese Erhöhung Einspruch erhoben, zumal sie nur mit 48stündiger Frist zu den Verhandlungen telegraphisch eingeladen waren. Eine Anhörung der Arbeitnehmerorganisationen ist überhaupt nicht erfolgt.

## Sachsenkrise.

Besprechungen im bürgerlichen Lager. — Auflösung in Sicht?

Die Sozialdemokratie wird bei der nächsten Ministerpräsidentenwahl im Sächsischen Landtag am 11. Januar wieder Genossen Hermann Fleißner zum Ministerpräsidenten vorschlagen.

Die Linkssozialisten werden am 4. Januar eine erweiterte Vorstandssitzung abhalten.

Die Deutsche Volkspartei hat am Mittwoch Fraktions-sitzung abgehalten. Sie bezieht den Eintritt der Linkssozialisten und der Deutschnationalen in die Regierung als dringend erwünscht. Also Bürgerblock.

Die Deutschnationalen haben am Donnerstag in ihrer Fraktions-sitzung sich auf den Standpunkt gestellt, daß sie eine bürgerliche Minderheitsregierung nicht unterstützen würden, daß sie vielmehr auf aktive Beteiligung an der Regierung nicht verzichten wollen.

Kommt eine Regierung nicht zustande, so bleibt nur die Auflösung des Landtages.

## Die Million für Antwerpen.

Vorgeschichte des Urteils.

Wie schon gemeldet, hat das deutsch-belgische Schiedsgericht Deutschland zur Zahlung von einer Million Franken nebst Zinsen an die Stadt Antwerpen verurteilt. Der Angelegenheit liegt folgender Tatbestand zugrunde:

Bei Ausbruch des Krieges hatten in Antwerpen Ausschreitungen stattgefunden, durch die deutschen Reichsangehörigen schwere Schäden verursacht wurden. Für diese Schäden war nach belgischem Recht die Stadt Antwerpen haftbar. Nach der Eroberung der Stadt durch deutsche Truppen setzte die Befehlsgewalt ein Sondergericht zur Entscheidung über die Ansprüche der Geschädigten ein. Dieses Gericht sollte aus zwei von den deutschen Behörden bestellten Mitgliedern und einem Mitglied bestehen, das von der belgischen Behörde zu ernennen war. Die belgische Behörde hat ihre Mitwirkung verweigert, so daß auch der dritte Richter ein deutscher war. Die Entschädigungen, die durch Spruch des Sondergerichts oder im Vergleichsweg festgesetzt wurden, beliefen sich auf rund 2,4 Millionen Franken.

Die Stadt Antwerpen hat nach dem Krieg vor dem deutsch-belgischen Gemischten Schiedsgericht Klage auf Erlass der gesamten Summe erhoben. Das Schiedsgericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Einrichtung des Sondergerichts mit der Haager Landkriegsordnung nicht im Einklang gestanden habe, daß aber die Stadt Antwerpen auch von belgischen Gerichten zur Zahlung einer erheblichen Entschädigung verurteilt worden wäre, die von der Klagesumme abgezogen werden müsse. Es hat den Betrag, der danach der Stadt Antwerpen zu ergehen ist, in freier Schätzung auf eine Million Franken festgesetzt. Eine Zahlung außerhalb der Dawes-Annullitäten kommt nicht in Frage.

## Vom Mädchen, das immer kalte Füße hatte

Von Karl Ettlinger. München.

Es war einmal ein fünfzehnjähriges Mädchen. O, wie schön war das! Und es hatte die wundernüttesten Beinchen, die ihr auch denken könnt. Aber, ach, sie trar so entsetzlich an den Füßen. Mitten im Sommer, wenn andere Leute am liebsten barfuß gelaufen wären, konnte man sie höhnlich hören: „O, wie friere ich an den Füßen!“

Da strickte ihr gutes alles Mütterchen ein Paar dicke, wollene Strümpfe. Die waren so mollig warm — ei, so ein Paar möchte wohl jedermann haben! Und das Mädchen zog sie an und ging damit im hellen Sonnenschein spazieren — aber als sie nach Hause kam, jammerte sie wieder: „O, wie friere ich an den Füßen!“ — Ich glaube, ihre Füßchen waren verhext.

Da besorgte ihr die gute Tante Lina ein Paar pelzgefütterte Schuhe. Man hätte eine Nordpolexpedition damit machen können. Aber als das Mädchen eine Bierstunde damit spazieren gegangen war, kam sie wimmernd zurück: „O, wie friere ich an den Füßen!“

Da kam der gute Onkel Karl zu Besuch, und weil gerade ihr Geburtstag war, kaufte er ihr ein Paar seidene Strümpfchen, die waren so zart wie der Windhauch und so dünn wie Spinnweb. Die zog das Mädchen an und schlüpfte in ihre dünnsten Schühchen und lief hinaus. Es war aber ein eifrig kalter Wintertag, die ganze Stadt war wie ein einziger Eiskranz. Und fünf Stunden blieb das Mädchen aus, und als sie zurückkam, hatte sie erfrorene Ohren, und ihre Nase war ein Eiszapf, aber das tat ihr gar nicht weh, sondern sie lachte und juchzte: „O, habe ich warme Füße! O, sind meine Füße warm!“

Und sie stand den ganzen Abend vor dem Spiegel, um zu sehen, wie warm ihre Füße waren!

## Unter dem Schmutzgesch.

Eine Schmutzgeschichte zum neuen Jahre von Bob Willen.

An der Jahreswende packt den Menschen ein — nun eben ein menschliches Fahren. Er interessiert sich ganz entsetzlich, was das neue Jahr ihm bringen werde. So ging es auch mir. Ich suchte gemoppneten Herzens einen Astrologen auf, um mich zu informieren.

Der kluge Mann baute vor und der gewiegte Astrologe und Okkultist fragte nach dem Beruf. Auf die Antwort „Schriftsteller“ hin verdüsterte sich sein Gesicht und er meinte mit Grabesstimme, daß er mir von der Zukunft des Schmutz- und Schmutzgesches erzählen müsse. Als künftigen Beruf prophezeite er mir übrigens den Schwärzentelegraphen. Aber das andere — in Monatsraten lieferbar: Januar: Die ersten zehn Verbote.

Februar: Schließung des Intimen Theaters und Umwandlung des Zuschauerraumes zum Sitzungssaal für den Aufsichtsrat

der „Hosiannah“ Dampforgelbau und Bibelstraktatverbreitungs A.-G. März: Schließung der Haller und Charell-Reouren. Bei Haller werden in Zukunft astrologische, bei Charell theosophische Vorträge gehalten.

April: Volkseierlauf gegen Frühlingsgedichte. Die Reime „Sonne-Bohne“, „Liebe-Liebe“ werden zur allgemeinen Hebung der Sittlichkeit, der Reim „Liebe-Liebe“ wegen Andeutung sexueller Verhältnisse unterjagt.

Mai: Das Schauspielhaus bringt unter gemischtem Jubel eine einwandfreie Faustbearbeitung zur Aufführung. Goethe dreht sich ob dieser Tat so oft im Grabe herum, daß man diese Rotation zur Elektrizitätsgewinnung ausnützen will. Eine Aktiengesellschaft zu diesem Zweck wird gegründet.

Juni: Offizielles Schreiben irgendeines Ministeriums an die A. G. Farben zur Erlangung einer gefährlichsten Reichseinsparfarbe für Damenkleider.

Juli: H. H. Ewers, A. Landsberger, Hans Hnan, Hans Reimann und noch einigen Dutzend Leuten wird das Schreiben verboten und ihre Bücher kommen auf den Index der kaiserlich deutschen Republik. Hans Heinz Ewers rächt sich und gräbt aus Tacitus Annalen III 27 eine Stelle aus, deren Uebersetzung lautet: „Und schon wurden nicht nur gegen jedermann, sondern gegen einzelne Menschen Gesetze geschaffen. Und je verlotterter der Staat wurde, desto mehr und desto willkürlichere Gesetze gab es.“

August: Es erscheint ein einwandreicher Roman. Textprobe: „Die jungen Leute haben sich zum erstenmal. Da die Eltern feststellen, daß sie sich nach Vermögen, Stand, politischer Gesinnung usw. liebhaben müßten, verlobten sie sich. Da küßte unter Freudentränen der Jüngling der Jungfrau die Hand. — (Der Kognat des Astrologen, den ich genehmigen mußte, war nicht viel besser.)“

September: Mein Roman erscheint. Er ist sehr hübsch, bloß ein bißchen zerkert. Ebenfalls Textprobe: „ — — — hübsche jersische Füße — — — — —“

— — — gern küßte — — — — — ging.“ Oktober: Antrag des Abgeordneten Lauer Hinterhuber aus Oberbayern auf den Reichstag, Zulageantrag zum Schmutz- und Schmutzgesch: Der Reichstag wolle nunmehr noch beschließen, anschließend an das durch Ausführungsbestimmung Nr. 3968 geregelte Gesetz vom 23. Lenzings 1927 (betrifft verschärfte Zensur) zwecks sichbarer Dokumentierung der christlichen Nächstenliebe rückwärtend bis zum ersten Eismond 1927 die Hegenverbrennungen mit verschärfter Anwendung auf Fremdrassige wieder einzuführen.“

— — — — — Meiner Ohnmacht war tief und schwer! — — — — — Jetzt spare ich zu einer Fahrkarte (auf Raten) nach Südrussien. Erstens sollen dort die Leute rückständiger sein als hier, und dann lagte man mir, daß Malaria ein wirksames Mittel gegen Gehirnerweichung ist. — — — — —

Bestallungsfeier an den preussischen Schulen. Der preussische Kultusminister hat in einem Rundschreiben die preussischen Schulkollegen auf den hundertjährigen Todestag Johann Heinrich Pestalozzis am 17. Februar 1927 hingewiesen. Bei der Bedeutung des Lebenswertes Pestalozzis und dem steigenden Einfluß, den seine Gedanken und sein Vorbild auf die Entwicklung gerade des preussischen Schulwesens geübt haben, erscheine es ihm als eine Pflicht der Dankbarkeit, daß die 100. Wiederkehr seines Todestages

als „Bestallungs-Gedenktag“ würdig gefeiert werde. Der Minister hat daher bestimmt, daß am 17. Februar der Unterricht in allen preussischen Schulen ausfällt und eine Pestalozzi-Feier abgehalten wird, deren Ausgestaltung den Schulen überlassen ist. Der Minister empfiehlt, an den Schulleitern auch die Elternschaft teilnehmen zu lassen, oder neben den Schulleitern einen besonderen Elternabend abzuhalten.

Der Siedlungsbau des Dessauer Bauhauses. Zu dem Siedlungs-bau in Lörten bei Dessau, den die Stadtverwaltung dem Dessauer Bauhaus in Auftrag gegeben hat, wird mitgeteilt, daß ein Siedlungshaus mit fünf Räumen schlüsselfertig und einschließlich 450 Quadratmeter Grundstück 8300 M. kosten soll; eine vollständige Rohbauung wird für 2000 M. in einfacher Ausführung für 1350 M. von den Bauhauswerkstätten geliefert. Die Arbeiten an der Siedlung haben bereits begonnen und die ersten Häuser konnten im Verlaufe von zehn Wochen fertiggestellt werden.

Arbeitslosigkeit im französischen Theater. Die Pariser Theaterzeitung „Comœdia“ stellt fest, daß die Arbeitslosigkeit der französischen Bühnenkünstler gegenwärtig in raschem Anwachsen ist. Sie sieht bei einem weiteren Fortschreiten der Frankentabilisierung eine ernste Krise für das französische Theaterwesen voraus und teilt mit, daß einzelne Künstlerorganisationen sich mit der Frage einer gemeinsamen organisierten Hilfeleistung beschäftigen. Man verweist dabei auf die deutschen Erfahrungen während der Marktstabilisierung und regt eine von den Theatern und den Autorenverbänden getragene Erwerbslosenversicherung an.

Unglücksfall und Blutprobe. Eines Tages überfährt ein Kraftwagenführer in der Umgebung von Paris einen Menschen. Kein Zeuge weit und breit, aber das ist kein Vorteil für den Chauffeur, denn er wird vor Gericht gestellt, und man glaubt ihm nicht, als er sagt, der Mann sei vollkommen betrunken gewesen und trotz aller Warnungssignale direkt in den Wagen hineingelaumelt. Aber die Wissenschaft liefert dem Unglücklichen einen vollgültigen Zeugen in Gestalt einer Blutprobe. Der Gerichtsarzt Dr. Boon, der die Leiche untersucht hat, erklärt, wenn der tote wirklich große Mengen Alkohol kurz vorher in sich aufgenommen habe, so müßte sich dies im Blut nachweisen lassen. Ein Chemiker untersucht das Blut und findet darin Anzeichen für eine kürzliche Aufnahme von etwa 4 Litern starken Weins, die eine schwere Betrunkenheit zur Folge haben müßte. Der Kraftwagenführer ist dadurch gerettet, und er kann sich bei der modernen Wissenschaft bedanken, die ihm den Beweis seiner Unschuld geliefert hat.

Wiener Festwochen 1927. Während der für die Zeit vom 5. bis 12. Juni 1927 angelegten Wiener Festwochen wird die Staatsoper einen Zyklus von Foktaraufführungen von Wagner bis Richard Strauss bringen. Weingartner wird eine Aufführung der Reunen von Beethoven mit verstärktem Orchester und Chor dirigieren. Die Theater veranstalten Foktspiele deutscher Literatur, zahl- eiche Reinspielungen und große Festivalsaufführungen.

Führt Amerika das metrische System ein? Der Handelsauslaß des amerikanischen Senats verhandelt zurzeit über verschiedene Anträge, die die Einführung des metrischen Systems für alle Maße und Gewichte in den Vereinigten Staaten verlangen. So soll an Stelle des Yard das Meter, für das Quard das Liter und für das englische Pfund das metrische Pfund zu 500 Gram gelegt werden.

## Aufhebung des Zeugniszwangs.

Revision der Untersuchungshaft. — Preussische Anordnungen.

Das vom Reichstag beschlossene Gesetz zur Änderung der Strafprozessordnung enthält über den Zeitpunkt des Inkrafttretens keine besonderen Bestimmungen; es wird daher zwei Wochen nach dem Tag der Verkündung in Kraft treten. In einer Allgemeinen Verfügung gibt der preussische Justizminister die wichtigsten Änderungen, die das Gesetz bringen wird, unter Hinweisung bestimmter Ausnahmen für die preussische Justiz bekannt. Der Amtliche Preussische Pressedienst gibt einen Auszug der wichtigsten Vorschriften wieder:

Nach den neuen Vorschriften wird Redakteuren, Verlegern und Druckern einer periodischen Druckschrift sowie den bei der technischen Herstellung der Druckschrift beschäftigten Personen das Recht zur Verweigerung des Zeugnisses gegeben, über die Person des Verfassers oder Einsenders einer Veröffentlichung strafbaren Inhalts, wenn ein Redakteur der Druckschrift als Täter bestraft ist oder seiner Bestrafung kein rechtliches Hindernis entgegensteht.

Dem der Neuzug Bestimmung zugrunde liegenden Gedanken, so bemerkt hierzu der preussische Justizminister, wird es entsprechen, wenn schon jetzt von der Ausübung des Zeugniszwangs gegen die Vorlesungen des Verlesers beim Vorliegen der angegebenen Voraussetzungen Abstand genommen wird. Diese Vorschrift wird in Preußen auch für das Disziplinarverfahren Geltung haben, da die Befehle vom 7. Mai 1851 und vom 21. Juli 1852 entgegenstehende Bestimmungen nicht enthalten und die Heranziehung der StPD. zur Ergänzung daher insoweit der ständigen Praxis der Disziplinargerichte entspricht. Für das ehrenrührige Verfahren gegen Rechtsanwälte trifft § 66 der Rechtsanwaltsordnung ausdrückliche Bestimmung im gleichen Sinne; für Reichsbeamte gelten gleichfalls die einschlägigen Vorschriften der StPD. im Disziplinarverfahren entsprechend.

Personen, die sich wegen Verbrechen oder Vergehens in Untersuchungshaft befinden, wird das Recht gegeben, in mündlicher (nicht öffentlicher) Verhandlung vor dem für die Untersuchungshaft zuständigen Richter, die für die Aufhebung des Haftbefehls oder des Haftvollzugs sprechenden Umstände geltend zu machen. Zu der mündlichen Verhandlung ist, wenn der Beschuldigte nicht vorgeführt wird, oder wenn die Haft zurzeit des Beginnes der mündlichen Verhandlung bereits drei Monate gedauert hat, stets ein Verteidiger zuzuziehen. Der preussische Justizminister bestimmt hierzu, daß die rechtzeitige Bereitstellung der Verhandlungsräume für derartige Verhandlungen, die voraussichtlich insbesondere während der Uebergangszeit in größerer Zahl zu erwarten sind, sofort Sorge zu tragen ist.

Der § 126 StPD., soweit er sich auf die Haftstrafen bezieht, wird durch Vorschriften ersetzt, die — ohne Beschränkung auf das vorbereitende Verfahren — eine richterliche Nachprüfung der Voraussetzungen für die Fortdauer der Untersuchungshaft innerhalb gesetzlich vorgeschriebener oder vom Gericht zu bestimmender Fristen sicherzustellen bestimmen sind. Im Haftprüfungsverfahren wird bis zur Eröffnung des Hauptverfahrens auf Antrag des Beschuldigten gleichfalls auf Grund mündlicher Verhandlung entschieden. Hierzu ordnet der Justizminister an, daß die Staatsanwaltschaft alsbald alle Sachen, in denen die Untersuchungshaft bis etwa Mitte Januar über zwei Monate gedauert haben wird, zu ermitteln hat, damit sie rechtzeitig zur richterlichen Nachprüfung gestellt werden können. Die Oberstaatsanwaltschaften haben die pünktliche Durchführung dieser Vorschriften besonders zu überwachen. Der Wegfall der Haftstrafen wird voraussichtlich zu einer nicht unerheblichen Verminderung der Anzahl der Voruntersuchung führen; hierauf ist bei der Geschäftsvorbereitung Rücksicht zu nehmen.

Die Überwachung des mündlichen Verkehrs des Verhafteten mit seinem Verteidiger darf in Zukunft nur durch den Haftstrichter persönlich oder durch einen beauftragten oder ersuchten Richter ausgeübt werden. In die Anklageschrift ist das Ermittlungsergebnis bei allen Verbrechen und, wenn Voruntersuchung geführt worden ist, auch bei Vergehens aufzunehmen. In allen Fällen, in denen das Ermittlungsergebnis in die Anklageschrift aufgenommen ist, ist diese dem Angeklagten nach der neuen Fassung des § 301 StPD. mitzuteilen.

Die Einlassungsfrist muß auch dem Verteidiger gegenüber gewahrt werden. Die Revision kann in den Sachen, in denen nach § 313 StPD. die Berufung ausgeschlossen ist, auch auf die Berufung anderer Vorschriften über das Verfahren als der Vorschriften des § 338 gestützt werden.

Der Reichsjustizminister hat dem Reichskabinett den Entwurf eines Reichsstrafvollzugsgesetzes zur Beschlußfassung vorgelegt. Die neue Regierung wird sich infolgedessen in einer ihrer ersten Kabinettsitzungen mit diesem wichtigen Gesetzentwurf zu befassen haben.

## Gefährliche Experimente.

Forderung der Wohnungszwangswirtschaft in Bayern.

München, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die bayerische Regierung hat dem Hausbesitz ein „anständiges“ Weihnachts-geschenk gemacht. Sie hat sich seinen fortgesetzten Drängen gefügig gezeigt und eine neue, tief einschneidende Forderung der Wohnungszwangswirtschaft angeordnet. Sehr wohl scheint ihr bei diesem Erlaß nicht gewesen zu sein, denn sie selbst bezeichnet in einem Nachsatz die Verordnung als Maßnahme von einschneidender Bedeutung. Sie erklärt die Verordnung zunächst als widerruflich und will sie sofort wieder rückgängig machen, wenn sich eine nichtfruchtbarliche Handhabung zeigen sollte, d. h. wenn Massenunzufriedenheit oder Massenmissetatierungen auftreten sollten.

Die Verordnung sieht u. a. vor, daß die Grenze für die sogenannten hochwertigen Wohnungen nach Ortstufen geregelt wird. Die Grenze beträgt für die Großstädte München, Nürnberg, Fürth und Ludwigshafen 3000 M., für die Orte der Bezirksklasse B 900 M. Solche Wohnungen bleiben künftig von den Bestimmungen über Mietpreisregelung und Mieterhöhung völlig frei. Bei der Vergabe von Wohnungen mit einer Jahresmiete von 2000 bis 3000 M. in München und 300 bis 900 M. in der Ortsklasse B wird künftig die Mitwirkung der ortspolizeilichen Behörden fortfallen. Das als flache Land und Gemeinden unter 2000 Einwohnern ist, falls die Wohnungsmarktlage dies zuläßt, die völlige Aufhebung aller Zwangsverordnungen verfügt worden. Für gewerblich oder geschäftlich benutzte Räume fallen mit Wirkung vom 1. Juli 1927 die Bestimmungen über Mieterhöhung und Mietpreisbildung gänzlich weg. Es ist lediglich für kleinste Betriebe eine gewisse Schutzzgrenze vorgesehen worden.

## Religiöser Zwangskurs in den Schulen.

München, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Mit Beginn des Schuljahres 1927/28 erhalten die bayerischen Volksschulen eine neue Verordnung, die im wesentlichen den Charakter

# Eine unbeliebte Reichsbehörde.

Die Finanzämter vor dem völligen Zusammenbruch?

In der Tatsache, daß Behörden unbeliebt sind, hat sich auch im neuen Deutschland nichts geändert. Die unbeliebteste Behörde aber ist zweifellos der Steuerfiskus. Gegen die Steuer- und Finanzverwaltung des Reichs wird seit Jahr und Tag von allen Kreisen der Bevölkerung Sturm gelassen, als ob sie die überflüssigste Einrichtung wäre, und als ob ihre Beamten nur das eine Ziel verfolgten, der Bevölkerung zu schaden. Da der Steuerdruck, insbesondere bei den weiteren und mittleren Schichten des Volkes, sehr hart ist, so ist es begreiflich, daß den Steuerbeamten bei der Ausübung ihres schweren Amtes von den Steuerpflichtigen nicht immer das Verständnis entgegengebracht wird, auf das sie Anspruch haben. Um so mehr aber ist es die Pflicht aller Verantwortlichen, die Finanzbeamten bei ihrer schweren Aufgabe zu unterstützen. Statt dessen haben sowohl wirtschaftliche Organisationen, z. B. der Reichslandbund, als auch politische Parteien, z. B. die Wirtschaftspartei, den persönlichen Gegensatz zwischen Steuerpflichtigen und Steuerbeamten verschärft. Sie sind anscheinend von der Anschauung geleitet, je weniger Steuerbeamte, je weniger Steuern.

## Unhaltbare Zustände bei den Finanzämtern.

Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Das mangelnde Verständnis und die Abneigung gegen die Finanzverwaltung haben dazu beigetragen, daß in den Finanzämtern ganz unhaltbare Zustände eingetreten sind, die gleichermaßen den Steuerfiskus als auch den Steuerzahler schädigen. Ohne Rücksicht auf die dauernd gestiegenen Ausgaben der Finanzverwaltung ist der Beamtenapparat künstlich klein gehalten worden, ohne daß gleichzeitig eine Verminderung der Arbeitslast herbeigeführt worden wäre. Zwar verlangt seit Jahren die gesamte Öffentlichkeit die Vereinfachung der Steuererhebung und der Steuerverwaltung. Als die neuen Steuergesetze der Luther-Schlieben-Regierung vorgelegt wurden, erhoffte man sie von ihnen. Aber diese Hoffnung wurde bitter enttäuscht. Die Vereinfachung ist nicht eingetreten. Die praktische Durchführung der Befehle hat vielmehr eine ungeheure Flut von Verordnungen, Erlässen und Anweisungen gezeitigt, durch die sich der Steuerzahler überhaupt nicht, der Steuerbeamte nur selten und mit großen Schwierigkeiten hindurchfindet. Da außerdem im Jahre 1926 diese neuen Steuergesetze zum ersten Male durchzuführen waren, und infolgedessen sowohl die Veranlagung zur Einkommen- und Körperschaftsteuer als auch zur Vermögens- und Erbschaftsteuer mit der gleichzeitigen Neubewertung aller Vermögenswerte zeitlich zusammenfiel, so ist es völlig begreiflich, daß der nur für normale Zwecke ausreichende Finanzapparat dieser gewaltigen Aufgabe in keiner Weise gewachsen ist.

Es war eine verdienstvolle Arbeit, die Desinfektion auf die Gefahr des Verzagens des Steuerapparates aufmerksam zu machen, wie das im Frühjahr 1926 der „Steuerwart“, das Organ des Bundes Deutscher Reichssteuerbeamter, gefahren ist. Wenn sich auch dadurch an den tatsächlichen Verhältnissen nicht viel geändert hat, so ist es doch möglich, daß der erneute Nachdruck dieses Blattes mehr Gehör findet. Unter der Ueberschrift: „Wer will noch weiter die Verantwortung tragen? Ein Mahnruf vor dem völligen Zusammenbruch der Finanzämter“ bringt die „Steuerwart“ Berichte aus den Finanzämtern des Reiches zum Ausdruck. Sie enthalten ein erschreckendes Bild von der augenblicklichen Desorganisation in der Finanzverwaltung. In allen Dienststellen, bei fast allen Finanzämtern sind trotz erheblicher verlängerter Arbeitszeit Berge von Rückständen vorhanden. Die tausenden Veranlagungen für die verschiedenen Steuerarten müssen mehr als durchgepeitscht werden. Die Folge sind Tausende und aber Tausende von Berufungen und Beschwerden der Steuerpflichtigen wegen dieser Unklarheiten. Die unter dem Zwang der Verhältnisse sehr oberflächlichen Veranlagungen müssen daher zum großen Teil nochmals überprüft werden. Zugsprüfungen, Lohnsteuerkontrollen, Steueranwaltdienst liegt im Jahr, hunderte von Stundungsgesuchen berechtigt und unberechtigt vorliegen unerledigt bei den einzelnen Finanzämtern. Das Publikum schimpft inzwischen in Wort und Schrift über die launen Beamten. Inzwischen aber sind bereits neue Veranlagungen fällig, die zu neuen Terminen erledigt sein sollen. Die Durchführung der Einheitsbewertung ist besonders durch die Sabotage der Landwirte zu einer riesigen Belastung der Finanzämter geworden. Auch bei den Finanzämtern häufen sich die Rückstände zu Bergen. Die Kontrolle wird erschwert, Unregelmäßigkeiten werden erleichtert. Ungezählte Vollstreckungsaufträge liegen unerledigt, die Außenstände steigen mehr

und mehr. Dazu kommen alle möglichen und unmöglichen Sonderaufträge, Statistiken und Erhebungen, deren Durchführung Tage und Wochen in Anspruch nimmt.

## Die Folgen.

Das solche Zustände die Grundsätze unserer Steuererhebung gefährden und schwere Folgen für das Finanzgefüge von Reich, Ländern und Gemeinden heraufbeschwören, ist ohne weiteres klar. Zutreffend sagt der Bericht aus Hamburg über die Folgen: 1. große Steuerausfälle fürs Reich, die um so größer werden, je länger dieser Zustand andauert, 2. viele Reibereien und Unzutrefflichkeiten mit den Steuerpflichtigen und 3. unausbleibliches und vorzeitiges Abnugen der Arbeitskräfte. Der Bericht aus Berlin stellt außerdem fest, daß die Anzahl der willigen Steuerzahler immer geringer wird und die Zahl der Vollstreckungsaufträge dauernd steigt. Der Bericht aus Magdeburg unterstreicht mehrfach den Schaden, der durch die nicht sachgemäße Arbeit vor allem den ehrlichen Steuerzahlern zugefügt wird. „Daß dieses System den ehrlichen Steuerzahlern am schwersten trifft, liegt klar zutage, der Drückberger wird hierbei stets gut abfinden.“

## Die Forderungen der Beamten.

Diese Zustände müssen also schleunigst geändert werden. Wie aber kann das geschehen? Die Finanzbeamten fordern, daß angesichts der gewaltigen Ueberlastung der Finanzämter an einen weiteren Abbau des Beamtenkörpers nicht gedacht werden könne, man müsse vielmehr die bereits abgebauten rund 6000 P. anstellen wieder zurückgeben. Durch die jetzige Arbeitsüberlastung werde die Gesundheit und die Arbeitskraft der Beamten geradezu vernichtet. Der Berechtigung dieser Forderung wird man sich kaum entziehen können, zumal der Staat ein eben so großes Interesse an der Erhaltung der Arbeitskraft seiner Beamten hat wie der Beamte selbst. Daher ist es überaus bedauerlich, daß den schönen Worten des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold auf der Münchener Tagung der Reichssteuerbeamten keine entsprechenden Taten gefolgt sind. Herr Dr. Reinhold hat damals den Steuerbeamten Schutz vor den unmotivierten persönlichen Angriffen versprochen, ohne daß inzwischen irgend etwas gegen diejenigen Organisationen und Parteien geschehen wäre, die dauernd die Beziehung der Steuerpflichtigen zu den Steuerbeamten verschärfen.

## Vereinfachung von Gesetzgebung und Verwaltung.

Entscheidend aber ist und bleibt die Vereinfachung der Steuererhebung und der Steuerverwaltung. Auf dem letzteren Gebiet könnte zweifellos viel mehr geschehen, wenn man sich nur von den bürokratischen Ueberlieferungen im stärkeren Maße frei machen wollte. Die Vereinfachung der Gesetzgebung ist zwar ein Programm aller Parteien, in der Praxis aber erweisen sich die theoretischen Anhänger der Vereinfachung der Steuererhebung als ihre schärfsten Gegner. Denn nicht die Vereinfachung der Steuererhebung ist das wahre Ziel ihrer Sehnsucht, sondern die Ermäßigung ihrer Steuerlast. Wenn sie diese zu erreichen hoffen, nehmen sie selbst die größte Erschwerung des Steuerapparates in Kauf. So z. B. schreit das ganze Bürgertum nach der Gewährung des Zuschlagsrechtes zur Einkommen- und Körperschaftsteuer an Länder und Gemeinden, obwohl dadurch der Steuerapparat ungeheuer kompliziert würde. Man kann sogar annehmen, daß der Steuerapparat in seiner jetzigen Verfassung in kurzer Zeit völlig zusammenbricht, wenn man ihm diese Aufgabe übertragen wollte.

Bei den Etatberatungen im Reichstag wird man den Reichsfinanzminister fragen müssen, was er zur Abwendung der Gefahr des Verzagens des Steuerapparates zu tun gedenkt. Es handelt sich hier keineswegs nur um die Frage der Arbeitsentlastung der Beamten der Finanzverwaltung.

Für uns steht im Vordergrund die Erwägung, daß ohne einen ordnungsgemäß arbeitenden Steuerapparat keine befriedigende Durchführung der Steuergesetze zu erwarten ist, daß eine sozialere Verteilung der Steuerlast erschwert, die Steuerungerechtigkeit und die Steuerunwilligkeit begünstigt wird.

Gerade die Arbeiterklasse aber hat das dringendste Interesse daran, daß ihr Kampf für eine ausreichende Belastung des Besitzes und für eine Entlastung des Arbeitseinkommens und des Verbrauchs nicht auch noch durch das Verzagen des Steuerapparates erschwert wird.

des Merikal beherrschten bayerischen Kultusministeriums trägt. Als Erziehungsziel wird hingestellt. Die im inneren Gefühlsgehalt entwickelte Persönlichkeit, die religiös und sittlich, deutsch und sozial empfindet, denkt und handelt.“ Der größte Wert wird dabei, wie aus Einzelheiten der Rewardung hervorgeht, auf die Begriffe religiös, sittlich und deutsch gelegt, während die soziale Einstellung im Hintergrund verschwindet.

## Die türkische Arbeiterbewegung.

Schwierige Anfänge. — Unterdrückung durch die Regierung.

Aus Konstantinopel wird uns geschrieben: Da in einem wirtschaftlich und kulturell zurückgebliebenen Lande wie der Türkei alle Voraussetzungen für die Geburt einer Arbeiterbewegung im westeuropäischen Sinne fehlten, war bisher alles, was auf diesem Boden aufstach, ein mehr oder minder künstliches Gewächs. Zuerst regte es sich, als mit der jungtürkischen Revolution von 1908 ein wenig freiere Luft wehte. Damals erschien in Konstantinopel unter dem Namen „Nispet“ ein Oppositionsblatt, das sich gern sozialistisch gab, ohne es zu sein; nach zwei Monaten wurde es unsterblich, und in dem bis 1918 währenden Abschnitt innerer und äußerer Kriege (Abnuzen und Araberaufstände, Krieg mit Italien, Balkankriege, Weltkrieg) war jeder Widerspruch gegen das herrschende Regime stumm gemacht.

Renanzierend genug, kam auch nach Ablauf dieser Periode der Anstoß zur Sammlung der Arbeiterschaft von außen. Schon 1917 gerieten in Rußland türkische Kriegsgesangen, die die Oktoberrevolution aus ihren Lagern dreist hatte, unter den Einfluß der bolschewistischen Ideologie. Ein angesehenes Politiker und ausgeprägter Gegner der Jungtürken, Mustafa Subhi, unternahm die Gründung einer kommunistischen Partei und begab sich zu diesem Ende nach Aserbeidschan, wo bald das Wochenblatt „Jant Dunja“ (Neue Welt) und die Jugendzeitschrift „Genişler“ (Die Jungen) erschienen. Als die Anhänger Mustafa Subhis

auf Einladung Kemal-Paschas nach Angora kamen, ging es ihnen zum Teil schlecht; aber auf der anderen Seite war durch Ueberwanderung intelligenter und sozial reglamer Elemente aus Konstantinopel in Angora der Boden immerhin etwas bereitet, und alsbald riefen in der neuen Hauptstadt der neuen Türkei der frühere Gouverneur Hazim und der Tierarzt Hadjioglu eine kommunistische Partei ins Leben, die zwanzig Abgeordnete in die Große Nationalversammlung brachte. Ihr Zentralorgan „Emel“ (Arbeit) wurde zwar nach drei, vier Nummern verboten, aber Kemal-Pascha sah die Kommunisten ziemlich sanft an, solange er der Rückendruck durch Sowjetrußland bedurfte.

Auch aus Deutschland kam ein Anstoß zu einer proletarischen Bewegung in der Türkei, denn die rund 1000 Arbeiter, die während des Krieges von der Konstantinopeler Regierung in deutsche Munitionsfabriken und Spezialwerkstätten geschickt worden waren, wurden im November 1918 revolutionär „angestecht“. In Berlin schlossen sie sich zu einer Partei zusammen, die, etwa auf dem Boden der früheren deutschen Unabhängigen stehend, ein Blatt, „Kurtuluş“ (Befreiung), herausgab. Bei ihrer Rückkehr in die Heimat brachten diese Arbeiter den sozialistischen Gedanken mit. In Konstantinopel, das wenigstens die Umrisse eines Proletariats nach abendländischen Begriffen aufwies, gab Dr. Scheffit Hjusni von September 1919 bis März 1920 sechs Nummern von der „Kurtuluş“ heraus. Auch das Blatt auf Weisung der britischen und der französischen Besatzungstruppen eingezogen werden mußte, gelang es dem gleichen Kreise abermals, ein Wochenblatt, „Kıdant“ zu gründen, das sich ausdrücklich als „Organ der Arbeiterklasse“ bezeichnete; gewöhnlich hatte es eine Auflage von 2000 Exemplaren, die auch nach Smyrna, Angora und Adrianopel gingen. Da der Versuch, während des Konstantinopeler Syerstreiks im Oktober 1923 als Erfolg für die übrige Presse eine sozialistische Tageszeitung herauszubringen, eingeschlagen hatte, strebte Dr. Scheffit Hjusni die Gründung eines regelmäßigen Tagblattes an, aber all diesen Plänen und Entwürfen machte das während des Aufstandes erlassene Ausnahmegesetz vom 3. März 1925 ein Ende, das den Redakteuren gestattete, die Anfänge einer Arbeiterbewegung und Arbeiterpresse mit Stumpf und Ethel auszurotten.



# Der letzte Weg eines Kämpfers.

## Die Ueberführung des Genossen Zubeil in das Krematorium Gerichtstraße.

Unablässig strömte der Regen hernieder, als sich gestern schon kurz nach 4 Uhr die ersten Freunde vor dem Urban-Krankenhaus einfanden. Auf 5 Uhr war die Ueberführung der irdischen Reste des Genossen Fritz Zubeil nach dem Krematorium Gerichtstraße angelegt, und schon gegen 1/2 5 Uhr standen Tausende wie eine Mauer. Immer neue Scharen rückten an: die Abteilungen der Sozialdemokratischen Partei, die roten Fahnen aufrecht im Wind, die Kameradschaften des Reichsbanners mit umflorten schwarzrotgoldenen Bannern und viele, viele Freunde und Bekannte unseres Toten. In der großen Halle war der Verstorbene aufgebahrt. Zu beiden Seiten der Stufen hielten die roten Banner Ehrenwacht. Für diese Symbole unserer Ueberzeugung, die zugleich die Hoffnung der Menschheit ist, hatte Zubeil in selbstloser Aufopferung gestritten, solange nach ein Atemzug in ihm war. An den Fahnen vorbei, strömten sie unablässig in feierlicher Stille herein, Alte und Junge, Männer und Frauen, um noch einen Blick auf den Toten zu werfen, der so still im geöffneten Sarge lag. Viele Kränze der Liebe, des Dankes und der Verehrung: Sie alle sollten dem verschiedenen Kämpfer den schuldigen Tribut: die Familie, die Partei und die Bezirkskörperschaften von Kreuzberg, wo Fritz Zubeil außer seinem Kreisverordnetenmandat das Amt eines unbesoldeten Stadtrats irrschelte. Kurz nach 5 Uhr ist die Umgehung des Krankenhauses schwarz von Menschen; viele Zehntausende sind erschienen. Als der Sarg die Stufen hinuntergetragen wird, senken sich die Fahnen zum letzten Gruß, entblößen sich die Häupter zum endgültigen Abschied. Ehrfurchtsvolles Schweigen ruht für Minuten auf der Menge. Die Trommelwirbel des Reichsbanners ehren den sozialen Republikaner, unzählige Fackeln entzündeten sich, unter den Klängen des Liedes vom braven Kameraden legt sich der gewaltige Trauerzug in Bewegung. Parteigenossen und Reichsbannerkameraden begleiten den Sargwagen, den ein Kranz lobender Fackeln umgibt. Hinter dem Sarge marschieren die Mitglieder des Bezirksverbandes Berlin der Partei, ihr folgt die Kreisleitung des Bezirks Kreuzberg und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, dem Zubeil als tätiges

Mitglied angehörte, die Anverwandten folgten und dann in endlosem Zuge Reichsbannermitglieder und Parteigenossen. Im Zuge marschieren Postbeamte und Beamte der städtischen Werke in Uniform, deren sich der Verstorbene in seiner parlamentarischen Tätigkeit stets ganz besonders angenommen hat; auch die Gastwirte haben eine Deputation entsandt. An den Seiten des Fahrdomms stehen Arbeiter und Bürger in dichten Reihen, die den Kondukt ehrfurchtsvoll grüßen. Man liest auch auf den Gesichtern von vielen Leuten, an denen der lange Zug vorbeimarschiert, den Ausdruck des Erstaunens und der Bewunderung vor dem Opfermut und der Disziplin unserer Parteigenossen. Viele Zuschauer, die bisher der Sozialdemokratie fremd oder gar ablehnend gegenüberstanden, werden sich gesagt haben, daß keine andere Partei einen solchen Zug bei einem derartigen Wetter zu einem fast zweistündigen Marsch hätte veranstalten können. Am Opernhaus eilt eine Gruppe Bauarbeiter herzu, um dem toten Genossen einen letzten Gruß zu bieten. — Weiter geht der Zug zum Krematorium im Norden Berlins.

In der Gerichtstraße stehen seit Stunden in langen Spalten Partei- und Reichsbannerfreunde. Als der Zug sichtbar wird, kommt in die unübersichtbaren Reihen Bewegung. Entblößten Hauptes lassen sie den Trauerzug passieren. Das Reichsbanner bildet auf dem Friedhof Spalier. Mann neben Mann stehen sie, ehren den Toten, der von seinen näheren Freunden unter Trommelwirbel zur Halle getragen wird, hundert- oder hundertmal ziehen noch einmal an dem Sarg vorbei. Genosse Künstler nimmt in schlichten Worten Abschied von Fritz Zubeil: In einem imposanten Trauerzuge hat die Berliner Arbeiterschaft zum Ausdruck gebracht, wie unser alter Zubeil verehrt wird. Die Sympathien der Berliner Arbeiterschaft sind dem Toten zuteil geworden für seinen aufopfernden Kampf für die arbeitende Bevölkerung, die treu und fest zu ihren Führern steht. Wir haben die Gewißheit, daß jeder von uns das rote Banner, das der Hand dieses treuen Kämpfers entfallen ist, ergreifen wird, um es im weiteren Kampfe voranzutragen.

Wird beide Gerichte wenden sich mit vollem Recht gegen die Verhöhnung der Sitten. Beide wünschen mit Recht, daß Ausschreitungen aus politischen Gründen streng bestraft werden. Der eine Täter, ein Angehöriger des Roten Frontkämpferbundes, schüttelt einen wohl etwas beleibten Herrn derb, tituliert ihn allzu derb, tut ihm aber sonst gar nichts und bekommt dafür acht Tage Gefängnis. Der andere, ein Nationalsozialist, schlägt einen Reichsbannermann derart zusammen, daß er erhebliche Verletzungen davonträgt und büßt die unsägliche Rohheit mit 30 Mark, eine Strafe, die das Gericht durch langfristige Ratengahlungen noch mildert. Die unerträglichen und unhaltbaren Zustände in der deutschen Gasse können nicht krasser illustriert werden, als durch diese beiden Urteile.

## Betriebsstörung bei den B&W. Straßenbahnen bleiben auf der Strecke liegen.

Am Donnerstag nachmittag gegen 1/2 5 Uhr trat zwischen dem Kraftwerk Moabit und dem Umspannwerk Mauerstraße der Berliner städtischen Elektrizitätswerke infolge eines Kabeldefektes im 30000-Volt-Kabel eine sehr empfindliche, zum Teil mehrstündige Stromunterbrechung ein. Zahlreiche Geschäftshäuser, Läden und auch einige Straßenbahnlinien wurden von der Stromlosigkeit in Mitleidenschaft gezogen. Ganze Straßenzüge in der Innenstadt lagen in der Zeit von 1/2 4 Uhr bis gegen 7 Uhr abends völlig im Dunkeln. Teile der Friedrichstadt bis zur Königgräber Straße und weiter hinaus bis zum Halleschen Tor wurden am schwersten betroffen, wo zum Teil noch um 8 Uhr abends die Stromzufuhr unterbrochen war. Es braucht kaum betont zu werden, daß der Lichtausfall gerade von den Ladeninhabern, die sich mit Notbeleuchtungen behelfen mußten, am schwersten empfunden wurde. Von der Betriebsdirektion der B&W erfahren wir über die Störung folgendes: Um 4 Uhr 32 nachmittags trat in dem 30000-Volt-Kabel zwischen dem Kraftwerk Moabit und dem Umspannwerk Mauerstraße, wo der Strom auf 6000 Volt umgepaßt wird, aus noch nicht bekannter Ursache ein Kabeldefekt ein. Als Folgeerscheinung machten sich Ueberschläge in der Schaltanlage des Kraftwerks bemerkbar. Es erfolgten fortwährend Kurzschlüsse, so daß die Umspannwerke Mauerstraße, Humboldt (Gleimstraße), Wittenau und Wilhelmshagen, die an das Kraftwerk Moabit angeschlossen sind, etwa 15 bis 20 Minuten spannungslos waren. Die von den Umspannwerken gespeisten Umlenkerwerke in der Markgrafenstraße, Valisadenstraße, Kottbusstraße, Brenzlauer und Königin-Augusta-Allee hatten in Teilen ihres Wirkgebietes Störungen von durchweg einhalbstündiger Dauer. Im Umlenkerwerk Mauerstraße war eine Hälfte des Wirkgebietes allein zwei volle Stunden spannungslos, während auf der anderen Hälfte die Störung gegen 8 Uhr abends noch immer nicht behoben war. Im Westen Groß-Berlins, in Charlottenburg, im Norden, (Kottbusstraße), Köpenick und Britz war die Oberleitung längere Zeit stromlos, so daß die Straßenbahnen mitten auf der Strecke liegenblieben. Der Verkehr konnte zum Teil durch Umleitungen aufrechterhalten werden, was naturgemäß empfindliche Verzögerungen in der verkehrreichen Zeit zur Folge hatte.

## Der gute Ton in Adelskreisen.

Nach wiederholten Verhandlungen und Beratungen wurde durch den Urteilspruch des Amtsgerichts Mitte die Verleumdungs-klage der Herren v. Berg und v. Wiede von der Adelsgenossenschaft gegen Herrn v. Tschirner vom Orden St. Georg entschieden. Der Streitfall hat die Öffentlichkeit wiederholt beschäftigt. Der Hage lag folgender Tatsachen zu grunde: Am 10. November 1925 war in den „Groß-Berliner Nachrichten“ ein Artikel erschienen: „Der Fall Wiede, Handolose Zustände in der Deutschen Adelsgenossenschaft“. In häßlicher und gehässiger Weise wurden die Privatkläger angegriffen, die Adelsgenossenschaft als vollständig verjudet bezeichnet. Es hieß auch, daß nach dem Ausspruch eines Offiziers die Reipreisse für diese Leute zu schade sei. Die gebrauchten Ausdrücke hätten von einer so höflichen Tonart gezeugt, wie sie unter anständigen Journalisten nicht üblich sei. Die fraglichen Behauptungen hätten, soweit überhaupt ein Beweis möglich war, sich als erweislich unmahr erwiesen. Das Gericht hatte aber zu prüfen, ob der Angeklagte v. Tschirner für den Artikel verantwortlich sei. Der Angeklagte hatte dem Gericht dargelegt, daß von einem Herrn von Ledebur und einer Dame in dem frankfurter Blatt ein Artikel gegen den Ritterorden St. Georg erschienen wäre, der scharfe An-

## Zweierlei Maß.

### Berliner Justiz am Jahresende.

Zusammenstöße zwischen Angehörigen rechts- und linksradikaler Organisationen bilden gegenwärtig ein ständiges Aburteilungsgebiet der Strafgerichte. Bald sind es Mitglieder der einen Richtung, bald der anderen, die auf der Anklagebank zu erscheinen haben. Am Dienstag hat sich wiederum das Amtsgericht Mitte an zwei verschiedenen Stellen gleichzeitig mit derartigen Zusammenstößen Rechts- und Linksradikaler zu beschäftigen. Vor einer Abteilung des Erweiterten Schöffengerichts Mitte unter Vorsitz von Landgerichtsrat Sternheim erschien unter Anklage der Teilnahme am Landfriedensbruch ein Mitglied des Roten Frontkämpferbundes. Im Osten hatte eine adlige Versammlung stattgefunden, und ein Teil der Mitglieder war nach Schluß mit dem Redner des Abends, dem Abgeordneten Kube, noch im Lokal beisammen, als drei junge Männer vom Roten Frontkämpferbund dort erschienen. Sie waren angetrunken und belästigten die Anwesenden. Als dann zwei ältere adlige Herren sich entfernten, folgten ihnen die drei. Einer der beiden Herren wollte am Schließlichen Tor in sein Haus gehen, als der Angeklagte, ein Arbeiter St., ihm ein „Hall“ zurief, mit „Mies Schwein“ titulierte, an die Brust faßte und derb schüttelte. Die Anklage nahm an, daß es sich um eine Zusammenrottung zum Zwecke von Gewalttätigkeiten gehandelt habe, und Staatsanwaltstaatsrat Zimmermann erbatte in dem Angeklagten den Häufelührer, weshalb er gegen ihn sechs Monate Gefängnis beantragte. Das Gericht verneinte die Frage des Landfriedensbruches, da nicht angenommen werden konnte, daß

die Leute sich zu Gewalttätigkeiten gemeinschaftlich zusammengerottet hätten. Dagegen wurde öffentliche und tätliche Beleidigung des Angegriffenen angenommen. Derartige Ausschreitungen auf der Straße aus politischen Gründen müßten nach Ansicht des Schöffengerichts, von welcher Seite sie auch ausgehen, streng bestraft werden. Deshalb erließ dem Gericht eine Geldstrafe nicht ausreichend, und es erkannte auf eine Woche Gefängnis. Der Einwand des Angeklagten, daß er sinnlos betrunken gewesen sei, wurde vom Gericht nicht für stichhaltig erklärt. In dem zweiten Falle vor einer anderen Abteilung des Erweiterten Schöffengerichts Mitte, unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Heilig, wurde gegen ein Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei namens Odanski verhandelt. Der Angeklagte hatte mit zwei Parteifreunden geschimpft und war auf der Straße einem Mitglied des Reichsbanners begegnet. Er war diesem jungen Manne nachgerannt und hatte ihn derart ins Gesicht geschlagen, daß er erhebliche Verletzungen davontrug. Der Angeklagte behauptete, daß er durch den vorübergehenden Reichsbannermann schwer gereizt worden sei, weil dieser ihm „Falschheitstrolach“ zugerufen hätte. Seine beiden Begleiter hatten diesen Ausdruck nicht gehört, auch der Zeuge selbst bestritt, ein Schimpfwort gebraucht zu haben. Er will ruhig seines Weges gegangen sein, als er von dem Angeklagten an der Gurgel gepackt und mißhandelt wurde. Das Gericht hielt es auch nicht für erwiesen, daß der Jurist „Falschheitstrolach“ gebraucht worden sei. Gegen eine derartige Verhöhnung der Sitten müsse durch empfindliche Strafen eingeschritten werden. Deshalb verurteilte das Schöffengericht den Angeklagten wegen Körperverletzung in Tateinheit mit grobem Unfug zu — 30 Mark Geldstrafe, bewilligte ihm aber Ratengahlungen von monatlich 10 Mark.

## Die Wunder der Klara van Haag.

51) Von Johannes Buchholz.  
Aus dem Dänischen überfetzt von Erwin Magnus.  
Der Ingenieur wandte sich mit blühenden Augen zu ihr: „Wenn ich — jedenfalls in den Sommermächten — ein Feldbett in meine Zeichenstube stellen liesse — ja, nicht wahr! Glauben Sie, die Leute würden das merkwürdig von mir finden?“  
„Das kann ich bei Gott im Himmel nicht wissen!“ sagte Minna. Dann erhob sie sich so heftig, daß ihr Viskerglas umfiel und auf den Teppich rollte.  
„Lassen Sie mich —“ sagte der Ingenieur, „es ging glücklicherweise nicht entzwei.“  
Aber Minna lachte ein lautes scharfes Lachen und zerbrach das Glas unter ihrem Abfuß. Dann ging sie zum Flügel. Der Ingenieur erhob sich und stürzte ihr nach.  
„Ihr Lachen war mir Antwort genug.“ sagte er, „aber tun Sie mir nur dort Gefallen und sprechen Sie nicht in der Stadt davon. Das ganze war ja nur eine Idee. Nichts als eine Idee!“  
Minna sang und ließ nachher den Ingenieur singen. Sie hüffelte mit ihm, rief ihm den Mund weit auf und schalt ihn. Als er aber fertig war, wurde sie wieder gut und setzte sich von neuem hin, um zu singen.  
„Das Lied war sehr schön.“ sagte Soejdal.  
„Finden Sie, ach ja, es ist Stimmung darin.“ sagte Minna und sah nach hinten zu ihm empor.  
„Ja, eben Stimmung, ist es norwegisch?“  
„Rein, können Sie nicht hören, das es dänisch ist?“  
„Ja, aber was ist „Halla“ eigentlich?“  
„Halla! — Wo haben Sie das her?“  
„Sangen Sie nicht in der ersten Strophe: H a l l a andern schlafen?“  
Minna lachte wieder ihr hartes Lachen und sagte: „Rein, jetzt müssen Ihre Ohren bei Gott im Himmel nicht ganz in Ordnung sein. Wenn alle andern schlafen, dann denke ich an dich! Mein A-abendgebet vergesse ich darüber. Das war es. Nun!“  
Soejdal hat um Verzeihung. Ihm gefiel das Lied so besonders gut, und er schrieb es nach Minnas Diktat in sein Notizbuch. Sie versprach, es ihn gelegentlich zu lehren.

„Sitzt schon sie eine Weile gemütlich beisammen, dann aber bedauerte der Ingenieur, daß er nun gehen müsse.“  
„Gehen!“ sagte Minna, „Sie denken doch nicht daran, jetzt, um neun Uhr, zu gehen? Zu gehen, wenn wir eben das Essen hinunter haben!“  
Aber er hatte einen wichtigen Brief zu schreiben, der keinen Aufschub duldete, sagte der Ingenieur und runzelte pflichtbewußt die Stirn.  
„Aber den können Sie ja hier schreiben!“  
„Ließe sich nicht machen — der Brief sei übrigens nicht das schlimmste, sondern die Briefmarke. Wo bekäme man am Sonntag abend eine Briefmarke? Man müsse in die Stadt, und sehen, eine zu selben.“  
„Ach habe Briefmarken!“ sagte Minna lächelnd. „Unten im Laden. Ich hole sie.“  
„Vielen Dank, aber es hat ja Zeit, bis ich gehe.“  
„Nun ja, ich kaufe immer einen Bogen auf einmal; das tut Vater immer. Warum sollte man den Rabatt nicht mitnehmen.“  
„Ihr Vater war ein prächtiger Mann.“ sagte der Ingenieur und warf unwillkürlich einen Blick auf Lunds Bild über der Tür. „Was ist das eigentlich für eine Uniform, in der Ihr Vater photographiert ist?“  
„Er ist als Schützenkönig aufgenommen. — Ja, Vater war schon gut, aber er mischte sich in zu viele Dinge. Schützenkönig! Wozu mußte er Schützenkönig sein? Er glaubte, es nützte dem Geschäft, wenn er überall dabei war. — Die Geschäftskosten über hundert Kronen und nützte dem Geschäft nicht einen Pfifferling.“  
„Woran starb Ihr Vater denn eigentlich, wenn ich fragen darf.“  
„Aus demselben Grunde, aus dem er Schützenkönig wurde.“ sagte Minna zornig. „Aus mißverständlichem Geschäftssinn. Er glaubte an die Touristengeschichte. Daß sie neues Leben in alles bringen sollte. Nur kamen keine Touristen, und er sah da mit Unmengen von Babelaten und Badeanzügen. Da nahm er eines Tages selbst ein großes, rotgestreiftes Babelaten über die Schulter — zum erstenmal in seinem Leben — und ging in die Badeanstalt — er wollte gleichsam das Touristen- und Babelatenherzwingen, verstehen Sie. Am nächsten Tage hatte er die Lungenentzündung, die seinem Leben ein Ende machte. Ihr Kranz wurde allgemoin bewundert! Und er hielt solange.“  
Soejdal strich sich übers Kinn und sagte, daß sei ja nichts, aber Minna wand ihr Uhrkettenmedaillon hervor und zeigte,

daß zwei rote Buchenblätter darin lagen. „Ja.“ sagte sie klugvoll. Dann nahm sie den Ingenieur mit in die Küche, um Wasser zum Glühwein zu kochen. Das Mädchen hatte sie gleich nach Tisch fortgeschickt. Und da sie sich jetzt zwischen den Kochtöpfen besonders nett ausnahm, geschah es, daß der Ingenieur sie, ehe das Wasser kochte, einige Male küßte.  
Den Glühwein stellten sie auf das kleine Tischchen vor dem großen Sofa, aber obwohl sie ganz dicht beieinander saßen, wurde nicht mehr geküßt. Der Ingenieur war noch schweigsamer geworden, schien es, und noch länger, seine Knie ragten spitz und unbeflegbar in die Höhe. Minna versuchte, wieder in die Küche zu gehen, um mehr Zucker zu holen, und sich vom Ingenieur begleiten zu lassen, aber auch das half nichts. Erst, als Minna das Gespräch auf seine Arbeit brachte, wurde er etwas lebhafter. Er erwartete in den nächsten Tagen eine Betonmischmaschine. Zwei vielleicht, sagte er, und seine Stimme wurde rau. Ja, er hatte die ganze Verantwortung. Er hatte niemand über sich. In den nächsten Tagen wollte er Egholms Pappeln fällen und ihren ganzen Garten wegfahren lassen. Denn sie hatten nur das Haus gemietet und auch das nur solange, bis er, Ingenieur Soejdal, verlangte, daß es geräumt und abgerissen würde.  
Minna nickte bewundernd.  
„Aber schließlich — Egholm ist ein netter Mann, warum sollte er ihn also zwecklos genießen? Rein. Das Haus konnte gute noch ein halbes Jahr stehen. Die Pappeln und der Garten eigentlich auch. Man würde sehen, was man für ihn tun könnte.“  
Minna nickte noch bewundernder.  
Ingenieur Soejdal wurde das Herz weich bei dieser Bewunderung. Er sagte, einem Mann wie Egholm müsse man eher helfen als schaden, wie Rechtsanwalt Worm es ist.  
„Wissen Sie nicht, daß er Egholm eine Hegerlei verkauft hat, deren Behmgrube eine Kiesgrube ist?“  
„Ich kann mir alles Schlechte von dem Lumpen denken.“ sagte Minna mit zusammengebißenen Zähnen.  
„Ja, und er prahlt noch im Hotel damit.“  
„Sie würden nie jemand betrügen!“ sagte Minna und stieß mit ihrem Glas gegen das seine.  
Es war jetzt spät geworden, und der Ingenieur brach mit vielen Dankfugungen auf. Minna wollte ihn durchaus hinunter begleiten, und da es dunkel auf der Treppe war, faßte sie ihn um den Hals, um nicht zu stolpern.  
Draußen war es seine stille Sommernacht.  
(Fortsetzung folgt.)



# Die Wochenendabsichten des Magistrats

## 2500 M. für ein Wochenendhaus? — Vorschläge der Freibadvereine.

Zu den Veranstaltungen, die das Berliner Volk im nächsten Jahre in den Ausstellungshallen am Kollertdamm treffen wird, gehört auch eine Wochenend-Ausstellung. Man will den Berlinern die Einrichtungen, die dazu dienen können, das Wochenende in freier Natur zu erleben, an Ausstellungsgegenständen in Bild und Schrift zeigen. Nach den Meldungen einer Berliner Tageszeitung ist den städtischen und staatl. Behörden ein Antrag zugegangen, nach dem die Stadt schon jetzt geeignete Gelände in allergrößtem Umfange für den Bau von Wochenend-Wohnungen in der näheren Umgebung von Berlin bereitstellen soll. Dieses Gelände an Seen und Flüssen soll, natürlich ebenfalls aus öffentlichen Mitteln, kanalisiert, elektrifiziert und mit Holzhausern, sogenannten Wochenend-Häusern, bebaut werden. Die am Wasser gelegenen Blockhäuser und ihre Gärten sollen, wenn irgendmöglich, schon im nächsten Sommer beziehbare sein; die einzelnen Grundstücke und die Häuser will man gegen einen Betrag verpachten, der auch für die werktägliche Bevölkerung erschwinglich ist. Jedes Haus soll zwei Stuben und eine kleine Küche enthalten und so solide gebaut sein, daß man auch im Winter darin wohnen kann.

### Und die Kosten?

Der Gedanke ist so verführerisch, daß man ihm ohne weiteres beitreten könnte, wenn nicht ganz außerordentlich große Bedenken in finanzieller Hinsicht beständen. Der Zentralverband der Freibadvereine von Groß-Berlin e. V. hat zu dieser Frage Stellung genommen. Es wird zunächst betont, daß der vom Magistrat und von dem erwähnten Antrag propagierte Gedanke der Wochenend-Siedlungen in den Freibadvereinen längst seine Verwirklichung gefunden hat. Am Müggelsee, am Wannsee und am Tegeler See haben die Mitglieder, meist in Verbindung und in unmittelbarer Nachbarschaft mit den dort befindlichen städtischen Freibädern, Wochenend-Hauskolonien gebaut, die dem Geschmack des einzelnen angepaßt sind, dabei aber auf die Vermögensverhältnisse des erbauenden Mitgliedes die notwendige Rücksicht nehmen. Nach den Angaben des Zentralverbandes werden sich die Häuser in den von der Stadt geplanten Wochenend-Kolonien auf etwa 2500 Mark pro Haus stellen, ein Betrag, der selbst unter erleichterten Zahlungsbedingungen — man spricht von 50 M. monatlicher Abzahlung — für die große Masse der arbeitenden Bevölkerung unerschwinglich ist. Der Zentralverband vertritt demgegenüber die Auffassung, daß nur durch eine weitgehende behördliche Förderung und Unterstützung der Freibadvereine der Wochenend-Aufenthaltsgedanke die richtige Förderung erhalten kann. Daran mangelt es aber noch recht sehr. Obwohl sich der Zentralverband der Freibadvereine in unzähligen Gesuchen und persönlichen Unterredungen mit seinen Förderern und Bitten an städtische und staatl. Behörden bemüht hat, hat er stets nur nach langen Kämpfen und dann auch nur in sehr beschränktem Maße Unterstützung gefunden. Die Freibadvereine haben sich in jeder Hinsicht fördernd den städtischen Freibädern zur Verfügung gestellt. Sie üben den Rettungsdienst aus, sie unterstützen die Aufsicht, die Forst- und Polizeibeamten bei ihrer Arbeit und haben dafür bei den Leitungen der Freibäder wie auch von den Sicherheitsorganen volle Anerkennung gefunden. Nur offiziell versagt man ihnen die Anerkennung, obwohl sie als gemeinnützige Institute gelten. Noch im vorigen Sommer hat der Zentralverband mit seinem Antrag an die städtischen Behörden auf Lieferung von Rettungsfähnen und Sanitätsutensilien keine Gegenliebe gefunden. Nur durch das Entgegenkommen anderer Stellen war es dem Verband möglich, den so notwendigen Rettungsdienst in der erforderlichen Form auszuüben. Das sieht nicht gerade nach einer bewußten behördlichen Förderung des Freibadwesens und der Wochenend-Bewegung aus.

### Ein gangbarer Weg.

Der Zentralverband der Freibadvereine stellt die Forderung, daß im Anschluß an die bereits bestehenden Freibäder schon vorhandenes, anschließendes Gelände zur Verfügung gestellt und den Interessenten gegen eine Gebühr überlassen wird, die für den Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten erträglich ist. Die Organisation der dazu notwendigen Arbeiten wird der Zentralverband gern übernehmen. Daß er dazu in der Lage ist, hat er in seinem 15jährigen Bestehen tausendfach bewiesen. Die Ausgestaltung des Geländes kann im Wege der Notstandsarbeiten vorgenommen werden. Hand in Hand damit wird eine Verbesserung der Fahrverbindungen und der Zugangswege zu den Freibadkolonien erfolgen müssen. Vielleicht kann in diesem Zusammenhang auch die Frage der Gewährung von Fahrpreisermäßigung an die Wochenend-Kolonisten erwogen werden. Nicht zuletzt macht der Zentralverband darauf aufmerksam, daß für die Wochenend-Aufenthaltsbestrebungen in erster Linie der stark besiedelte Osten und Norden Berlins berücksichtigt werden muß. Der Ausbau des Freibades am Müggelsee läßt noch viel zu wünschen übrig, wenn auch anerkannt werden muß, daß in den letzten Jahren auf Drängen der Freibadvereine schon vieles besser geworden ist. Die bereits beschlossenen Verbesserungen, die das Freibad Wannsee erhalten soll, sollten auch dem im Osten gelegenen Freibad am Müggelsee zugute kommen. Dabei muß die Ausgestaltung des Freibades am Müggelsee auf die Absichten und Bedürfnisse der hier in Frage kommenden Besucher Rücksicht nehmen. Auf Anlagen, die beispielsweise im Freibad Wannsee durchaus angebracht sein können, könnte am Müggelsee getrost verzichtet werden; dafür sollte man aber für einen Sportplatz und einige Turngeräte sorgen. Was hier vom Freibad Müggelsee gesagt ist, trifft auch auf das Freibad und die Freibadkolonie am Tegeler See zu. Auch hier rekrutieren sich die Besucher fast ausnahmslos aus den Kreisen der Arbeiter und Angestellten, die schon jetzt die billige und bequeme Art, einen freien Sonntag in freier Natur zu verleben, gehörig ausnützen. Die Forderungen des Zentralverbandes der Freibadvereine sind notwendig und durchführbar. Wenn die Absichten der Stadt Berlin, dem Berliner den Wochenend-Gedanken näherzubringen, der großen Masse der Berliner Bevölkerung zugute kommen sollen, kann nur nach den Vorschlägen der Freibadvereine vorgefahren werden. Anderenfalls dürften Wochenend-Kolonien entstehen, die nur für einen sehr beschränkten Kreis benutzbar sind. Dazu sind aber die aus allgemeinen Steuern aufgebrauchten Mittel nicht da.

In einer Zuschrift an uns vertritt der Arbeiter-Anglerbund ähnliche Gedankengänge zur Förderung des Wochenend-Gedankens. Er schreibt: Während alle möglichen Sportarten nützlichen Zeitvertreib in der freien Natur bieten, und infolge ihrer Aufmachung, an der wir

durchaus nichts aussetzen wollen, sich die Beachtung der Deffentlichkeit erzwingen haben, läßt in aller Stille eine Sportart praktische Gesundheitspolitik, unbeachtet, unbemerkt, und doch in nicht zu unterschätzendem Maße. Das sind die Angler. An stillen Wasserwinkeln, an Schloten und verborgenen Seen gehen still für sich die Angler ihrer Passion nach. In der Einsamkeit märtyrischer Natur, beim Bürschen auf Hecht, Barsch und Blei vergessen sie für einen Tag alle lästigen und beengenden Sorgen des Alltags, sind freie Menschen in der freien Natur. Der Wechsel der Naturgeschehnisse, durch Wetter und Zeit, gibt soviel Anlaß zu Beobachtungen, daß wie im Fluge die Stunden entfallen und keinerlei Langeweile aufkommen kann. Eine besondere Anziehung bilden die Angler-Kolonien. Am Sadtrom-Pareyer Kanal, bei Reditz, Marquardt, Lech z. d. Bublitz, Kehn a. d. Havel, am Tegeler See, überall tauchen die Laubenwohnungen, primitive Ferienheime, Eigenheime auf. Der Angler braucht nicht mehr, wie früher, zum Gasthaus zu laufen, in steter Sorge um Unterkunft, er genießt den Sommerabend 's zum Ende, kehrt dann zu der Familie, die ihn in der Laube beim Abendbrot erwartet, zurück, um dann in aller Frühe die schönste Morgenandacht, das Werden des neuen Tages zu genießen. Und so dienen diese Sportausflüge mit Familie zur Stärkung des Familienfinns und gleichermaßen zur Stärkung der Gesundheit. Und viele Momente, die das Naturgetriebe den Menschenaugen vermittelte, werden verfolgt in den kommenden Wochenabenden durch Nachforschern in naturwissenschaftlichen Werken. So sind die Freuden des Wochenendes ein dauerndes Wiedererleben gemachter Beobachtungen, die immer aufs neue den Freubefuchenden an wiederkehrenden Wochenenden hinaustreiben, in den ewig wechselnden Wundern der Natur."

### Winterhilfe und Wohlfahrtsreformen.

Das städtische Wohlfahrtsamt verbreitet aus der Feder des Bürgermeisters G. H. H. Ausführungen über „Städtische Winterhilfe und Wohlfahrtsreformen“. Ihnen wie folgendes entnehmen:

Die gewaltige Wirtschaftskrise hat sich naturgemäß im Laufe des Jahres 1926 auch in der Berliner öffentlichen Wohlfahrtspflege in härtestem Maße ausgewirkt. Wenn auch durch die gezielte Erwerbslosenfürsorge der großen Masse der Erwerbslosen die notwendige Unterstützung gewährt wird, so vermag diese doch besondere Bedürfnisse und Notstände kaum zu befriedigen, zum Beispiel in Fällen der Krankheit, des Kinderreichtums usw.; besonders bei lange dauernder Erwerbslosigkeit muß deshalb hier die öffentliche Fürsorge in sehr zahlreichen Fällen ergänzend eingreifen. Die damit gegebene Steigerung der einmaligen Unterstützungen, wie sie besonders als Mietunterstützungen notwendig wurden, wird deutlich, wenn man 18 000 einmalige Unterstützungen mit 438 000 M. Unterstützungen im Dezember 1925 mit den Zahlen von Oktober 1926 vergleicht, die sich auf 38 700 Personen mit 1 063 000 Mark Unterstützungen beziffern. In vollem Umfange aber hat die öffentliche Fürsorge denjenigen bedürftigen Erwerbslosen zu helfen, welche ohne ihre Schuld keinen Anspruch auf die gezielte Erwerbslosenunterstützung haben, weil sie nicht alle gesetzlichen Voraussetzungen dafür erfüllen. Dies veranlaßt die städtischen Körperschaften, an der Jahresende 1925/26 Sondermaßnahmen zu treffen und diese Erwerbslosen durch besondere Stellen in gleichem Umfange betreuen zu lassen. Die Zahl der durch diese städtische Kostensaktion erfassten Personen — hauptsächlich kommen ehemalige Gewerbetreibende, Angehörige freier Berufe und Jugendliche in Frage — beläuft sich auf etwa 37 000 mit 9000 Ehefrauen und 12 000 Kindern und erfordert einen wöchentlichen Kostenaufwand von rund 400 000 Mark.

Infolge der allgemeinen Wirtschaftslage und des damit gegebenen Wegfalls zahlreicher, von Angehörigen usw. gegebenen Unterstützungen steigen aber nicht nur die Zahl der Erwerbslosen, sondern auch die der laufend unterstützten Kleinrentner, Sozialrentner und sonstigen Bedürftigen und die für diese notwendigen monatlichen Aufwendungen, und zwar die letzteren

## Was sagt der Bär?

Der erste Genuß im neuen Jahr wird dem Berliner von der Cigarette zuteil, die er selbst die meistgerauchte nennt. Sie war im alten Jahr seine treue Begleiterin, sie wird ihm auch im neuen Jahr Freude, Behagen und Genuß schaffen.

**J. OSETTI JUNO**  
Berlins meistgerauchte 4's Cigarette



# Klarheit im Landbank-Scandal.

## Die Verlustgeschäfte der Hugenberg-Verwaltung. — Ein Notwehrakt der Behörden.

Es war hohe Zeit, daß die neue Verwaltung der in diesem Frühjahr in den Besitz des preussischen Staates und der Grenzmark Posen-Westpreußen übergegangenen Landbank L.-G. in aller Deffentlichkeit ein Geschwür aufgeschnitten hat, mit dem nach allen Recepten rechtseingestellte Kreise die Deffentlichkeit zu vergiften und durch die Aufstellung falscher Behauptungen den Staat und die öffentliche Hand herunterzusetzen versuchten. Die Landbank L.-G., das jetzt staatliche Institut zur Ansiedlung von Flüchtlingen, hat, wie bekannt, das Zwischengeschäftsjahr vom 1. Januar bis 30. Juni 1926 mit dem beträchtlichen Verlust von 1,23 Millionen abgeschlossen, was bei einem Aktienkapital vor 1,30 Millionen den Verlust des gesamten Kapitals bedeutet hätte. Der Verlust wäre noch bedeutend höher gewesen, wenn nicht die völlige Abwertung von 1,21 Millionen Schuldverschreibungen beantragt würde, die nicht in die Bilanz aufgenommen worden sind. Die neue Verwaltung der Landbank war gezwungen, sollte nicht das ganze Siedlungswert gefährdet werden, neuerdings eine Kapitalzusammenlegung von 20:1 auf 65 000 R. zu beantragen, um den Verlust zu beseitigen. Diese im Oktober beschlossene Herabsetzung des Kapitals war der Ausgangspunkt für eine Anfechtungsklage der größtenteils der alten Hugenberg-Majorität nahestehenden Opposition und der Ausgangspunkt zu einer

### müssen Hehe gegen den Staat.

In Uebereinstimmung mit jener neuen widerwärtigen Bewegung, die die Betreiber des Reichs, der Länder und der Gemeinden wieder privatisieren will mit dem Argument, die öffentliche Hand habe ihren Besitz nur durch die Beraubung der Sparer und Kenner erhalten und erweitert, hat die „Bergisch-Märkische Zeitung“ den Bankrott der Hugenberg-Landbank als einen „Sozialisierungserfolg“ bezeichnet, und hat auch die führende Opposition in der Landbank die Kapitalzusammenlegung als eine Beraubung der Kleinaktionäre und Obligationeninhaber der Landbank dargestellt. Diese Hehe drohte zum Ausgangspunkt zu werden für eine neue deutschnationale Agitation und für eine neue unerantwortliche Zerfährung der Deffentlichkeit zum Ruhm der Reaktion und des Privatkapitals, ganz ähnlich jener von den Deutschnationalen entfesselten Aufwertungspropaganda, bei der die Massen schließlich von der politischen Rechten schändlich im Stich gelassen wurden.

In der Notwehr gegen solche Verleumdungen hat die neue Verwaltung der Landbank endlich, und man muß sagen, reichlich spät und nach überflüssig lang geübter Geduld,

### das Lügennetz zerrissen

und auch jenen beteiligten Kleinaktionären und Obligationeninhabern die Augen geöffnet, die sich nicht zur Hugenberg-Clique zählen. In einer gesonderten Denkschrift zum Geschäftsbericht vom 30. Juni wird nachgewiesen, daß alle Verluste der Landbank unter der alten Hugenberg-Verwaltung erfolgt sind, kein Verlust unter der neuen Verwaltung eingetreten ist, und daß die neue Verwaltung im Gegensatz zur alten ausschließlich und mit Erfolg bestritt ist, soweit sie durch die Opposition nicht gehindert wird, dem Siedlungswert im Osten zu dienen. Die Anfechtungsklage wird von der neuen Verwaltung begrüßt und die Notwendigkeit der Kapitalzusammenlegung aus den zum großen Teil äußerst verlustreichen und zum Teil sehr zweifelhaften Geschäften nachgewiesen. Bereits im August 1923 mußte das gesamte alte Kapital von 20 Millionen Aktien und 20 Millionen Obligationen als verloren angesehen werden. Die im August 1923 vorgenommene Kapitalerhöhung um 45 Millionen, von der die alte Verwaltung den preussischen Behörden gegenüber behauptete, daß sie die Lage der Landbank erheblich erleichtert habe, hat in Wahrheit nur den fächerlichen Betrag von 42,96 Goldmark gebracht. Der am 8. Januar 1926 gestellte Antrag auf Geschäftsaufsicht mußte durch ein Gutachten der vom Amtsgericht Berlin-Mitte bestellten Sachverständigen abgelehnt werden, weil die Geschäftsaufsicht der Schuldnerin nichts nützen könne, wenn nicht der Staat eingreife. Selbst ein Konkursverfahren könne wegen der fehlenden Mittel nicht in Frage kommen, da dazu ein Vorstoß von 150 000 R. erforderlich sei, für den die Landbank aber nicht gut sei. Am 28. Januar 1926 hat der Vorstand der Landbank selbst an das Amtsgericht Berlin-Mitte ein Schreiben mit dem Antrag auf Eröffnung des Konkurses gerichtet. Nachdrücklich kann der Beweis nicht geführt werden, daß die Landbank pleite war und der Fiskus, so sehr er von Mißtrauen gegen die Verwaltung erfüllt war, eingreifen mußte, wenn das Siedlungswert im Osten nicht verloren und die bereits angelegten Siedler nicht dem Ruin preisgegeben werden sollten. Für die Lage und Schicksal 42,96 R., die aus der Kapitalerhöhung um 45 Millionen erzielt wurden, hat das übernehmende Konsortium von der alten Verwaltung aber erhalten,

und zwar aus der Substanz der Landbank: 800 000 R. Aktien der Saarow-Pieskow-Gesellschaft, die im Sommer d. J. von einem früheren Vorstandsmittglied mit 300 000 bis 350 000 Goldmark bewertet wurden, außerdem 80 000 R. Aufwertungshypotheten, die einem Wert von 101 000 R. entsprechen. Darüber hinaus erhielt das Konsortium 35 000 R. vom Fiskus gegen die Ausfolgung der Aktien an die öffentliche Hand. Mit anderen Worten, der Hugenberg-Vorstand der Landbank hat Vermögenswerte von 400 000 bis 450 000 Goldmark an das Konsortium ohne Gegenleistung aus der Substanz der Landbank herausgegeben, die vor dem Konkurs stand. Der preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat am 6. März 1926 die Ungültigkeit dieser Transaktion ausdrücklich festgestellt. Mittelpunkt dieser Transaktion war die Ostdeutsche Privatbank, die Herr Hugenberg kontrollierte. Obwohl auf die Frage der heutigen Verwaltung bei den Sanierungsverhandlungen an den alten Vorstand, warum man der Ostdeutschen Privatbank nicht die Zementaktien von Dertlinghausen gegeben habe, der ungeheure Zukunftswert dieser Aktien betont wurde, steht heute fest, daß die Aktien wertlos sind und auch damals bereits wertlos waren. Dennoch hat ein Vorstandsmittglied diese Aktien der Landbank für 1060 Proz. des Kurswertes verkauft. Die zu hohe Festsetzung des Aktienkapitals auf 1,30 Millionen war auch dem alten Hugenberg-Aufsichtsrat schon bekannt. Auf die Vorhaltungen des Bücherrevisors Rindler wurde von einem Vorstandsmittglied geantwortet, die weitere Herabsetzung des Aktienkapitals könne erst später vorgenommen werden, weil die Aufsichtsratsmitglieder nicht so schnell heranzubringen seien. Erschütternd wirkt der

### Nachweis der Verluste.

die die Landbank aus Kreditgeschäften erlitten hat. In einem Falle hatte der Uebernehmer eines Gutes kurz nach der Uebernahme den Offenbarungseid geleistet. In dem Zeitraum von 1917 bis 1922 wurden diesem Manne aber Kredite im Werte von 1,07 Millionen Goldmark gewährt, auf die im ganzen noch nicht 3000 Goldmark zurückgezahlt worden sind. Ein düsteres Bild von der Geschäftsführung gewährt die Tatsache, daß die Landbank unter der alten Verwaltung sich einen großen Posten hochwertiger Industriekartons (Lich), um sich damit Geld zu beschaffen, diese Aktien aber im Verlauf der Transaktion verschwanden und zur Entschädigung an die Besitzerin der Papiere rund 800 000 R. Entschädigung gezahlt werden mußten, was den zweiten von der Verkschrift aufgeführten großen Verlust darstellt. In einem Finanzgeschäfte, über das mit der Gothaer Kreditbank noch ein Prozeß schwebt, und dessen günstiger Ausgang die Landbank heute auch noch nicht in den Besitz der Forderung kommen lassen würde, entstand ein Verlust von 1,4 Millionen Mark. In einem Geschäft mit einem Zementunternehmen, bei welchem die alte Verwaltung schuldhafterweise einen größeren Posten in ihren Büchern überhaupt nicht auswies, gingen weitere 460 000 R. verloren. Endlich werden noch Verluste einer Industriebeteiligung im Ausmaß von 350 000 R. und in Geschäften mit Roggenrentendirekten Verluste zwischen 500 000 und 600 000 R. aufgeführt. Darüber hinaus liegen aber noch weitere Verluste vor, wie aus den Ausführungen des Aufsichtsratsvorsitzenden, Landeshauptmann Dr. Caspari, zu entnehmen war, die aber scheinbar aus Discretion verschwiegen werden, weil sie die Geschäftsgebarung der alten Landbank in noch ungünstigerem Licht erscheinen lassen würden. Im letzten Teil der Denkschrift wird endlich zahlenmäßig bewiesen, daß keine andere Bewertung der Aktien- und Passivposten in der Landbankbilanz möglich ist und kein anderer Ausweg als die Kapitalherabsetzung auf 65 000 R., wie sie im letzten Geschäftsbericht vorgenommen und von der außerordentlichen Generalversammlung am 9. Oktober beschlossen worden ist.

Die Verlesung dieser Denkschrift und die weiteren Ausführungen des Herrn Landeshauptmann Dr. Caspari dazu wirkten auf die Führung der Opposition niedererschmetternd und waren für die anwesenden selbständigen

### Kleinaktionäre ein grausames Erwachen.

Gegenüber der Behauptung von der kalten Sozialisierung, die Herr Rechtsanwalt Donner von der Opposition als eine Methode bezeichnete, „Privateigentümer um ein Butterbrot um ihr Eigentum zu bringen“, führte Landeshauptmann Dr. Caspari den Nachweis, daß die alte Verwaltung der Landbank, die heute von den Oppositionsführern vertreten wird, nichts so heiß ersehnt habe, wie diese „Sozialisierung“, und inständig den preussischen Staat darum gebeten habe. Am 29. November 1925 wurde Dr. Caspari gegenüber die dringende Bitte ausgesprochen, doch den Fiskus zur Rettung der Landbank zu veranlassen. Schon vorher war die gleiche Bitte an die Grenzmark Posen-Westpreußen und ihren

Provinziallandtag gerichtet worden. Gegenüber diesen Ausführungen vermochte sich die Opposition nur zu einem hilflosen und beschämenden Gestammel aufzurufen. Und ein Vertreter der alten Verwaltung und des alten Vorstandes mußte sich darauf beschränken, den absolut nicht erhobenen Vorwurf persönlicher Unehrenhaftigkeit zurückzuweisen.

### Politische Bedeutung.

Selten ist die Generalversammlung einer Aktiengesellschaft ein Ort, wo für politische Angelegenheiten eine wichtige Entscheidung fällt. In dieser Generalversammlung der Landbank aber haben sich der Vorstand und der Aufsichtsrat der Landbank ein öffentliches Verdienst erworben. Sie haben der Brunnenvergiftung durch rechtsstehende Kreise, wie sie von der Hugenberg-Clique nicht erst seit heute ausgeübt wird, im Fall der Landbank ein Ende gemacht, wo unabhängige Kleinaktionäre und Obligationeninhaber diesen Kreisen für ihre Sünden wieder einmal die Kostanten aus dem Feuer holen sollten. Nach vielstündiger Debatte wurde die Bilanz, der Geschäftsbericht und damit auch die Kapitalherabsetzung endgültig genehmigt und dem neuen Vorstand Zustimmung erteilt. Der alten Hugenberg-Verwaltung wurde die Entlastung aus ihrer Geschäftsführung verweigert.

## Die Umsätze in den Konsumvereinen.

### Weiteres Aufsteigen im November.

Dem Zentralverband deutscher Konsumvereine hat der Monat November ein weiteres erfreuliches Ansteigen der Wochenumsätze und der Umsätze des Monatsdurchschnitts gebracht. Obwohl der Monat Oktober die Zeit des Herbstgeschäftes für die Hereinnahme von Kartoffeln und Kohlen und sonstigen Winterrohrsägen ist, konnte der durchschnittliche Wochenumsatz im Monat November gegenüber Oktober doch noch von 5,59 R. auf 5,75 R., also um 16 P. pro Kopf gesteigert werden. Damit ist seit der Stabilisierung für den Wochenumsatz pro Mitglied der berichtenden Vereine, die über die Hälfte der Gesamtmitgliedschaft umfassen, der Rekord wieder erhöht worden. Gegenüber dem Monat November des Vorjahres liegt eine Steigerung des durchschnittlichen Wochenumsatzes pro Mitglied von 4,63 R. auf 5,75 R. vor, also eine Steigerung um fast 25 Prozent.

Wie gewöhnlich waren auch diesmal die Umsätze in der ersten Monatswoche am stärksten mit insgesamt 10,06 Millionen, auf die berichtenden Genossenschaften betrug der Durchschnittsumsatz pro Kopf in der Woche vom 29. November bis zum 4. Dezember 6,35 R.; gegenüber einem Gesamtumsatz von 9,27 Millionen und 5,85 R. pro Kopf in der Woche vom 1. bis 6. November d. J. Nur in zwei Konsumverbänden war der wöchentliche Durchschnittsumsatz im Monat November geringer als der des Vormonats. In Nordwestdeutschland um 1 P. und in Württemberg um 5 P. In diesen beiden Konsumverbänden wirkt sich also das auf den Oktober entfallende Herbstgeschäft besonders stark aus. In allen übrigen Konsumverbänden ist eine erhebliche Zunahme des wöchentlichen Durchschnittsumsatzes zu verzeichnen, in Bayern sogar um 62 P. pro Kopf. Den stärksten wöchentlichen Durchschnittsumsatz hatte auch diesmal noch Sachsen mit 7,70 R. pro Kopf. Ihm folgt Nordwestdeutschland mit 6,57 R., während Südwestdeutschland mit 3,98 R. am weitesten zurückgeblieben ist.

Wie die allerletzten Berichte aus dem Monat Dezember erkennen lassen, sind auch in der zweiten Dezemberwoche die Gesamtumsätze bei den zehn berichtenden Konsumgenossenschaften gestiegen, die sich an der Konjunkturstatistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine beteiligen. Besonders interessant ist die Entwicklung des Konsumvereins „Bormöris“ in Dresden, der seinen Umsatz in der Woche vom 6. auf den 11. Dezember von 630 000 R. auf über 1,22 Mill. R. erhöht hat. Bei den übrigen berichtenden Vereinen liegen die Umsätze allerdings zum Teil unter denen der Bormöris, was mit dem Charakter der Bormöris als Gehaltszahlungstermin zusammenhängt.

### Zur Kohlenwirtschaftslage.

#### Noch gute Abfahrverhältnisse. — Ungünstige Meldungen aus Polen.

Nach Ausführungen in der Mitgliederversammlung des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats hatte der arbeits-tägliche Gesamtabsatz des Spandfais im November mit rund 324 000 Tonnen einen Höchststand erreicht. In der Zeit vom 1. bis 21. Dezember ist der arbeits-tägliche Gesamtverbrauch auf rund 307 000 Tonnen gesunken, gegenüber rund 317 000 Tonnen in der entsprechenden Zeit des Vormonats.

Bemerkenswertweise wird gesagt, daß durch die Beendigung des englischen Bergarbeiterstreiks die Konjunktur für den Bergbau bisher, was die Abfahrmenge betrifft, noch kaum unterbrochen worden ist. Die lebhafteste Nachfrage hat sowohl im Ruhrgebiet als auch in den anderen Revieren unverändert angehalten. Man werde damit rechnen können, daß sich die englische

# ZUM NEUEN JAHRE NEUE SALAMANDER!



BEACHTEN SIE BESONDERS DIE PREISLAGEN:

12<sup>50</sup> 14<sup>50</sup> 16<sup>50</sup>

# SALAMANDER

Konkurrenz auf dem Weltmarkt in der nächsten Zeit erst allmählich verschärfen wird. Immerhin sei durch die Anstrengungen Englands das Verkaufsgeschäft sehr schwierig geworden, und das Kohlen-Industrie spricht die Besorgnis aus, daß durch gegenseitiges Unterbieten das Preisniveau auf dem Weltmarkt „unmäßig gesenkt“ werden könne. Der dabei ausgesprochene Wunsch, daß sich der Gleichgewichtszustand zwischen englischer und deutscher Kohlenausfuhr im Wege eines maßvollen Wettbewerbs herstellen möge, erfährt durch die geäußerte Meinung eine interessante Beleuchtung, daß eine deutsch-englische Vereinbarung über den Kohlenmarkt in absehbarer Zeit wohl nicht zu erwarten sei.

Am Gegenpol zu den Ausführungen des rheinisch-westfälischen Kohlenindustrials, daß die deutschen Kohlereviere weiter mit Hochdruck fördern, und daß die Besserung der Wirtschaftslage über den November hinaus auch im Dezember fortgedauert habe, steht eine Rundschau über die ostobersteirischen Schwerindustrie. Darin wird festgestellt, daß die günstige Konjunktur für die ostobersteirische Kohlen- und Hüttenindustrie der Bergangebiet angehört, weil der Druck der englischen Konkurrenz nicht nur auf den skandinavischen, sondern auch in den für Obersteirien besonders wichtigen italienischen und österreichischen Märkten immer fühlbarer werde. Angesichts dieser Tatsachen, die noch durch die Erleichterung der Situation in der dortigen Eisenindustrie verstärkt würden, stehe Ostobersteirien vor einem gewaltigen Anwachsen der Arbeitslosigkeit, weil die Vermarktung unter dem Druck der Verhältnisse zu erheblichen Betriebsbeschränkungen und damit zu Arbeiterentlassungen schreiten müßte.

Wie weit diese Alarmmeldung aus Polen auch für das deutsch-ostobersteirische Gebiet und weiterhin für die übrige deutsche Kohlenwirtschaft symptomatisch werden mag, muß erst die Zukunft lehren.

**Auflösung einer Interessengemeinschaft.** Im Jahre 1922 wurde zwischen der Metallbank, der Metall-Gesellschaft und der Deutschen Gold- und Silber-Scheidanstalt auf die Dauer von 30 Jahren ein Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen. Bei formeller Selbständigkeit der einzelnen Firmen sollten die Geschäftsabläufe gemeinsam vorgenommen und die Gewinne gleichmäßig verteilt werden. Das fünfte Jahr dieser Interessengemeinschaft ist am 30. September 1926 abgelaufen; die beteiligten Gesellschaften haben jetzt die Auflösung des Vertrages beschlossen. Die Metallbank und die Metall-Gesellschaft gehören zu den führenden Konzernen innerhalb der gesamten deutschen Metallwirtschaft und haben trotz ihrer industriellen Beteiligung vorwiegend handelsmäßigen Charakter. Die Geschäftsabläufe sind in der gesamten Metallindustrie während der letzten zwei Jahre nicht gerade glänzend gewesen; andererseits war für die Deutsche Gold- und Silber-Scheidanstalt bis zum Sommer 1926 die Situation wesentlich günstiger. Die Deutsche Gold- und Silber-Scheidanstalt ist als Verarbeitungs-betrieb von Edelmetallen aller Art das führende deutsche Unternehmen. Die Firma hat sich auch seit vielen Jahren bereits in der chemischen Industrie betätigt. Schon seit langem ist bekannt, daß die Deutsche Gold- und Silber-Scheidanstalt, die im Grunde genommen doch etwas andere wirtschaftliche Interessen als die Metallgesellschaft und die Metallbank hat, ihre volle Selbständigkeit wieder erlangen wollte, um so mehr, als auch bei der Bilanzierung ein günstigerer Stand festgestellt werden konnte, gegenüber den beiden anderen Firmen. Die Auflösung des Interessengemeinschaftsvertrages erfolgt mit Rückwirkung vom 1. Oktober 1926. Zwischen der Metallgesellschaft und der Metallbank wird ein neuer Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen, während die Deutsche Gold- und Silber-Scheidanstalt ihre freundschaftlichen Beziehungen, die wohl hauptsächlich auf dem Gebiete der Finanzierung liegen dürften, zu den beiden anderen Gesellschaften aufrechterhalten will. Die Auflösung

der Interessengemeinschaft ist ein Beweis dafür, daß es vielfach nicht möglich ist, während der Inflation recht vorteilhaft (schonende Bindungen in normalen Wirtschaftsverhältnissen aufrechtzuerhalten.

**Sechs Millionen Reichsbahnaufräge für die Kabelindustrie.** Die Reichsbahn hat für eine Strecke von etwa 250 Kilometern Kabelaufräge im Wert von 6 Millionen Mark vergeben, die sich auf 12 deutsche Kabelgesellschaften verteilen und diesen Werken für etwa einen Monat Beschäftigung geben.

**Aus dem Stumm-Konzern.** Das Schicksal des bisher zum Stumm-Konzern gehörenden Stahlwerks Delling in Düsseldorf ist noch immer ungewiß. Es war den Gesellschaftern Gießerei und Eisenwerke angegliedert, ist aber von ihnen losgelöst worden, als diese Gruppe in den Besitz des Rohde-Konzerns überging. Wie alle Stumm-Firmen hat auch das Stahlwerk Delling unter der Beschäftigung der Stumm-Gesellschaften untereinander schwer gelitten. Nur dadurch, nicht aber, wie die Verwaltung es darstellt, allein infolge der Abfahrts, erklärt sich der beträchtliche Verlust von 377 000 Mark. Die finanzielle Lage der Gesellschaft zeigt eine ziemlich Anspannung (375 000 Mark Außenstände gegenüber 712 000 Mark Schulden; beträchtliches Warenlager in Höhe von 1 225 000 Mark), doch scheint eine unmittelbare Gefahr nicht vorhanden zu sein. Bei dem großen Warenbestand wird es allerdings trotz der im Geschäftsbericht gemeldeten Besserung des Absatzes noch einige Zeit dauern, ehe die Betriebsbeschränkungen aufgehoben werden.

**Die dänische Stabilisierungsanleihe.** Die dänische Nationalbank hat in England einen Kredit von 3 Millionen Pfund Sterling aufgenommen. Die Anleihe soll eine Sicherheit für die Stabilisierung der Krone darstellen.

**Theater, Lichtspiele usw.**

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
Platz a. d. Republ.  
6 1/2 Uhr: Zigeunerbaron  
Schauspielhaus  
6 1/2 Uhr: Piedermaus  
Schiller-Theater  
8 1/2 Uhr: Charleys Tante

**Städtische Oper**  
Charlottenburg  
6 1/2 Uhr:  
Jugend im Mal  
Mus. Lg. Guttman  
M. Pfahl-Wallerstein  
E. Kochmann  
Abonn.-Turnus II

**Silvester**  
Beginn aller Reinhardt-Bühnen 7 Uhr  
**Deutsches Theater**  
Norden 10334-37  
7 Uhr:  
Reinhardt v. Gneissman  
von Wolfgang Gneiss  
Regie: Heinz Hilpert

**Die Komödie**  
Bismarck 2414, 2416  
7 Uhr:  
Die Gefangene  
Von Bourdet  
Regie M. Reinhardt

**Theat. a. Kollodortpl.**  
Kurfürst 2091  
7 Uhr:  
Max Adalbert  
in  
Klubrente

**Gr. Schauspielhaus**  
Heute  
Silvester vorstell.  
Anfang 7 1/2 Uhr  
Ende 10 1/2 Uhr

**Von Hand zu Hand**  
CHARELL-REVUE

**Kleines Th.**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
Die erste aktuelle politische Revue  
**Oh! U.S.A.**

**Rose-Theater**  
8 Uhr: Preziosa

**Silvester**  
Nollendorf 7360  
8 Uhr

**Variété-Attraktionen**  
1. und 2. Neujahrstag:  
**2 Vorstellg.**  
Nacht. 3<sup>o</sup> zu ermäß. Preise  
das ganze Progr.

**Zentral-Theater**  
Heute 7 Uhr  
BRONSGEST  
in der Operette:  
**Der Trompeter vom Rhein**

**Volksbühne**  
Theater am Bülowplatz  
4 Uhr:  
**Volpone**  
Morgen 3 Uhr:  
Volpone  
7 1/2 Uhr: Faust

**Th. am Schiffbauerdamm**  
Heute 8 Uhr:  
**Der Geizige**  
Morgen 3 Uhr:  
Der Geizige  
8 1/2 Uhr: Das Grabmal

**Romische Oper**  
Allabendlich 8 1/2 Uhr  
Der sensationelle Presse-Erfolg  
Ballett's „Chauve Souris“ Theater  
Originalität Revue in 20 Bildern.  
Am 31. Dezember: Große Silvester-Vorstellung  
Anfang 8 Uhr Ende 10 1/2 Uhr

**Sonnabend (Neujahr): 1. Januar**  
und Sonntag, 2. Januar, nachmittags 3 Uhr, bei halben Kassenpreisen  
**„Die Piedermaus“**  
in erster Besetzung.  
Vorverkauf ab 10 Uhr ununterbrochen

**Restenz-Theat.**  
Heute 7 1/2 Uhr:  
Absteigequartier  
Sonnabend (Neujahr) 7 1/2 Uhr:  
Absteigequartier

**Thalia-Theater**  
Täglich 8 Uhr:  
Der große und der kleine Klaus  
Sonnabend (Neujahr) 7 1/2 Uhr:  
Der große und der kleine Klaus

**Metropol-Theat.**  
Heute 7 Uhr:  
Zirkusprinzessin

**Saalbau Friedrichshain**  
Größte  
**Silvesterfeier Berlins**  
Märscher Marsch! Bühnenschau.  
**Silvesterball.**  
Humoristisches Schanzentheater.  
Ueberraschungen jeglicher Art.  
Neujahr  
Wiederholung und Singsperwettstreit.  
Eintritt einisch. Ball u. Steuer-  
1 Mark.

**Reichshallen-Theater**  
Abends 8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr  
**Stettiner Sänger**  
31. Dezember: Große  
Silvester-Programm  
1. Januar 1927:  
Nachmittags-Vorstellung  
Fahrt ins kalte Frick, voll. Progr.  
Dönho ff-Brett's  
31. Dez.: Die bunte, große, wilde Silvesterfeier

**Wallner-Theater**  
Tägl. 8 1/2 U. die erfolg. Schwankoperette  
**Das blonde Wunder**

**CASINO-THEATER** 8 Uhr:  
Nur noch wenige Aufführungen  
**Mister Cornedbeef**  
Gutschein, Fakt. 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

**Winter-Garten**  
8 1/2 Uhr  
Variete  
Räuchen  
gestaltet

**Silvester-Pfannkuchen**  
in 6 verschiedenen Füllungen  
in feinsten Qualität  
täglich 8 Uhr  
frei Haus v. 50 Pfannkuchen an liefern  
bis 10 Uhr abends an Restaurateure, Cafés und verwandte Betriebe  
Rechtzeitig bestellen!

**Herrmann's Schloß-Konditorei**  
Berlin-Schöneberg  
Apostel-Panitz-Straße 32  
Stephan 6612/13.

**Pfannkuchen**  
Wiener  
Krapfen  
Ananas-Pfannkuchen  
Torten-Spisen  
Der geballteste Kuchen Berlins  
nur Dresdener Butterbäckerei  
Konditorei und Café  
**Richard Richter**  
Zimmerstr. 84, an d. Friedrichstr. Ztr. 1365

**besonders**  
Wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN im „Vorwärts“ und trotzdem II billig !!

Am Dienstag nachm. 1 Uhr verstarb nach kurzem Krankenlager mein lieber Mann, der Angestellte  
**Franz Schulze**  
im Alter von 50 Jahren.  
Witwe Ida Schulze.  
Berlin NO, Wandbstr. 1, 23. Dez. 1926  
Einkündigung am Montag, den 3. Januar 1927, abends 6 1/2 Uhr, im Krematorium Gedächtnisstraße.

**In der Straßade**  
gegen den Fabrikanten und Verlagsbuchhändler  
**Gottfried Roll**  
in Charlottenburg, Seestraße 71,  
erborn am 11. Juni 1896 in Polen wegen Beleidigung bei die 2. große Strafkammer des Landgerichts II in Berlin am 16. November 1926 für Recht erkannt.  
Auf die Berufungen des Angeklagten und der Staatsanwaltschaft wird das angelegene Urteil aufgehoben. Der Angeklagte wird wegen fortgesetzter öffentlicher Beleidigung zu einer Haftstrafe von zwei Wochen und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.  
Dem beklagten Reichsanwaltschaftsrat Dr. Schacht wird die Bekanntmachung des Urteils binnen eines Monats seit Mitteilung der Rechtskraft des Urteils an ihn auf Kosten des Angeklagten in den Angelegenen des „Berliner Sozial-Anzeigers“, des „Berliner Angelegenen“ und des „Vorwärts“ öffentlich bekannt zu machen.

Gestern nacht verschied nach kurzem Krankenlager unser Generaldirektor i. R., Städtältester  
**Herr Hugo Ziegler**  
Er war seinen Arbeitern ein wohlwollender und gerechter Arbeitgeber und betrauern dieselben deshalb sein Hinscheiden doppelt.  
Neukölln, den 29. Dezember 1926.  
**Die Arbeiter der Berliner Kindl-Brauerei**  
Aktiengesellschaft

Am Dienstag, den 28. Dezember, vormittags 7 1/2 Uhr, verschied nach längerem schweren Leiden der Gürtlermeister  
**Gustav Wolf**  
im 72. Lebensjahre.  
Der Verstorbene gehörte bis zu seiner Erkrankung dem Vorstande seit mehr als 25 Jahren als stellvertretender Vorsitzender an und hat während seiner Amtsdauer sich bei allen Beschlüssen und Handlungen von echt sozialem Geiste leiten lassen. Das gleiche gilt für seine Tätigkeit im Vorstande der Invalidenkasse der Gürtler zu Berlin.  
Wir werden daher sein Andenken stets in Ehren halten.  
Die Beerdigung findet am Montag, den 3. Januar 1927, nachm. 2 1/2 Uhr, auf dem alten Jakobikirchhof, Neukölln, Berliner Straße, statt.  
**Der Vorstand und die Angestellten der Ortskrankenkasse der Gürtler zu Berlin.**  
Vorstand der Invalidenkasse der Gürtler zu Berlin.

**VOLKSBUHNE**  
Theater am Bülowplatz  
Freitag, den 31. Dezember, abends 8 Uhr:  
**Volpone**  
(Der Tanz ums Geld)  
Albert Steinrück, Alexander Granah,  
Barbara von Annenkoff, Paula Daitzer.  
Sonnabend, 1. Januar, abends 7 1/2 Uhr; Sonntag, den 2. Januar, abends 8 Uhr:  
**Faust** **Nachtasyl**

Theater am Schiffbauerdamm  
Freitag, den 31. Dezember, abends 8 Uhr:  
Silvester-Vorstellung in Anwesenheit hoher und höchster Persönlichkeiten  
**Der Geizige**  
Sonnabend und folgende Tage, abends 8 Uhr:  
**Das Grabmal des unbekannt Soldaten**

**Lebenslängliche Garantie**  
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften  
**Trauringe**  
1 Ring 900 gest. (Vorkaufsgeld) 7 gr. schwer M. 26,50  
1 - 585 - 5 - 14,00  
1 - 333 - 4 - 7,00  
Preisliste gratis!  
Ständig ca. 3000 Stück auf Lager  
Gravieren gratis, zum Mitschneiden  
M. 24, Artilleriestr. 30  
W., Passauer Straße 12  
**Hermann Wiese, Berlin**

**Germania-Prachtsäle**  
**Karl Richter, Chausseestraße 110**  
Heute  
**Grosse Silvesterfeier**  
Anfang 1/9 Uhr  
Tischbestellungen werden erbeten.

**Berliner Ulk-Trio**  
Neukölln, Lahnstr. 74/75 L

**Oefen**  
Eiserne Oefen  
Kachelofen  
Kochherde  
**R. Zechlin**  
BERLIN C.  
Alexanderpl. 49

**CARL HAGENBECK**  
CIRCUS BUSCHI  
NORDEN 840  
Heute schon 1/8 Uhr Europäisches Circusprogramm mit Cabrioles Desprez  
**Auto als Sturzflieger**  
Morgen Neujahr u. 2. Januar je 2 Vorstellungen  
Jund 5 Uhr • Für Kinder nachm. halbe Preise •  
Es abstrahieren Neujahr:  
**Gilly Feindt**  
die berühmte Filmstarletten mit ihren Einfachen und weissen Attraktionen

**Neue Welt**  
ARNOLD SCHOLZ Hasenheide 108-114  
Sonnabend, den 1. Januar 1927  
**Eröffnung der bayer. Bockbiersaison**  
30 bayer. Maß • Neue Dekorationen • 8 Kapellen  
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag: **ELITE-TAGE**  
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Gr. Alpen-Ball  
Sonnabend und Sonntag:  
Einlaß wochentags 6 Uhr Anfang wochentags 7 Uhr  
Einlaß Sonntags 4 Uhr Anfang Sonntags 5 Uhr  
Voranzeige: Dienstag, 4. Januar 1927: Elite-Tag!  
**Große Damen-Schönheits-Konkurrenz**  
Drei bare Geldpreise 50.—, 30.—, 20.— Mark  
**Große Ochsenbraterei**  
Auswahl des berühmten Bergschloß-Bockbieres

**Krause-Pianos zur Miete**  
W. 6, Ansbacherstr. 1

**Neue Welt**  
A. Scholz Hasenheide 108-114  
Freitag, den 31. Dezember 1926:  
**Großer Silvester-Ball**  
in den bayerischen Alpen  
7 Kapellen 30 bayer. Maß  
Einlaß 7 Uhr Anfang 8 Uhr  
Voranzeige!  
Sonnabend, den 1. Januar 1927:  
**Eröffnung der bayerisch. Bockbier-Saison**

**LIEBIG**  
Einen bessern find'st du nicht!  
Zur Fleischbrühe gehören vor allem Fleisch-Extraktivstoffe (die Teile des Fleisches, die sich im Wasser lösen); sie sind in hohem Maße im **Liebig Fleischbrüh-Würfel** enthalten und deshalb liefert dieser wirkliche Fleischbrühe mit natürlichem Bouillongeschmack.  
Ein Versuch überzeugt!

## Gottes Buchführung.

Von Franziska Mann.

Selbst! Des Jahres letzte Stunden wollen Gottes Buchführung offenbaren, mag sie auch zwölf Monate hindurch vernachlässigt worden sein. Wir Menschen vernahmen dann Klänge, die wir sonst nicht hören; Alltagsgeräusche überdeckten sie. Nicht nur der Leberempfindliche ist von diesen Melodien gefangen. Auch den Trostigen, den Verbitterten, den längst schon Stumpfgewordenen pochen Empfindungen — sei es auch nur für Minuten — die sonst mit einem raschen Achselzucken abgeschüttelt werden.

Heute, in dieser Nacht, will Gott den Jahresabschluss machen; aber nicht ein Gott „da oben“, nein, der Gott in der eigenen Brust. „Was bin ich doch eigentlich für ein schlechter Kerl“, kann ganz deutlich der angefehlteste Mann in sich fühlen, an dessen Wert und Würdigkeit in der Welt niemand zu zweifeln wagt. Und dieser äußerlich Hochstehende hält ein paar Augenblicke inne im Jagen nach Erfolg: er sieht sein Tun in seiner ganzen Dürftigkeit, doch Stellung und falsche Lebensführung halten ihn zu fest in ihrem Bann. Nur ein kurzes Zögern, ein flaches Bestimmen, und schon mit dem Wiederbetreten seiner glänzenden Räume sind diese Stimmen spurlos verschwunden.

Ganz anders kann der Künstler in der Neujahrsnacht an seines Gottes Buchführung leiden. In reißendem Schmerz wird es ihm klar, wie wenig das ist, „woburd er es zu was gebracht hat“. Er weiß, daß er trotz des Beifalls der vielen wenig von dem ausströmenden vermochte, was ihn durchzitterte. Er weiß, daß er nimmer, wie er einst wählte, die Welt aus ihren Angeln heben wird. Schwer sinkt sein sonst hoch erhobenes Haupt auf den Rand des harten Tisches. In dieser Stunde sieht er nichts von den Sternen, zu denen er sonst immer die Augen erhob. Er fühlt nichts von dem trügerischen Laumel, der ihn sonst von den anderen unterscheidet. Er erinnert sich nicht der strahlenden Blicke, die sich oft tief und leuchtend in die seinen senkten. Qualvoll klar erkennt er nur seines Schaffens Bedeutungslosigkeit.

Wie stöhnt es in denen, die Hunger und Kälte zum Abstieg zwangen, und die sich in diesen Stunden nach ihrer einstigen Würde sehnen. Sie fielen von Höhen in Abgründe; denn im Rennen nach Arbeit, nach Brot, nach einem nur einigermaßen menschenwürdigen Dasein hörten sie auf, sich der Wege zu schämen, auf die die Not sie drängte. Lange schon stieg es ihnen nicht mehr heiß in die Wangen, wenn sie eine Wohlthat anzunehmen gezwungen waren. (Wer aber entscheidet über das, was wir uns anmaßen „Wohlthat“ zu nennen?) Nicht mehr bäumt Jörn sich in Jermürben auf. „So weit gekommen zu sein“. Darben zwang sie, vieles zu „können“; aber sie wollten auch leben, leben um jeden Preis für die, denen sie sich nötig wähnten; leben, weil sie sich vor der Finsternis fürchteten. Heute nur, in der Stille dieser Nacht, rötet Scham ihnen wieder die Wangen. Vielleicht falsche Scham: sie sehen ihre ausgestreckten, zum Empfangen hingehaltenen Hände, sie sehen ihre eigenen ängstlich-erwartungsvollen Blicke, und — sie weinen, weinen bitterlich.

In dieser Nacht fällt eine andere Besetzung in Mitten und in Schöllern. Unklar ahnen die im Geiste Einfachen das gleiche, wie es in heißer Heftigkeit in dem Starren schreit: Wir haben das schöne Leben verstimmt. — vielleicht nur aus Gedankenlosigkeit und Ungeschick. Warum stehen wir uns vom Leben verbrauchend? Und glühendes Verlangen nach ihrer einstigen Schuldlosigkeit erschüttert müde oder verhärtete Herzen.

Die „Barnheime“ rüsten sich zum Festmahl in eleganten Speisefesteln. Sie fahren in ihre Wägel, in ihre leiblichen Strümpfe, steigen in ihre Autos. Sie denken auch heute nicht an die, deren Glieder erstarren, weil sie in nichts steigen können als in den Karren, der sie mit ihren Knechten immer weiter in jähem Entsetzen jagt. Menschen, denen immer nur äußerer Genießen alles bedeutet, wissen nichts mehr von dem Gott, der einst auch in ihnen lebte. Sie ahnen daher auch nichts von dem Deltat, mit dem immer wieder ihre Jahresbilanz schließt. Sie bleiben Beschöpfe der Dunkelheit, mögen auch noch so vieler Radeln über Kerzen sie umfüttern: Helle können sie nicht verbreiten. Sie fühlen sich nur zu denen hingezogen, die ihre Zeit in der gleichen leeren Leppigkeit verschwenden. Allen Länden des Elends halten sie sich fern. Auch heute vernahmen sie in sich keine so quälende Stimme.

In vielen Seelen aber mahnt in dieser Stunde ein Gott, daß sie ihre Heiligtümer aufstellen. Und doch sind diese Heiligtümer nicht unwiederbringlich verloren: jedem von uns kann neues starkes Leben aus seinen Schmerzen erblühen.

## Ueberfahren.

Eine Eisenbahnnovelle von Max Maria von Weber.

Es war am Silvesterabend wie heute, anno 1845, vor vollen ausgefahrenen dreißig Jahren, und ein Hundewetter, Schneetreiben und Regenschlader durcheinander.

Der alte Lokomotivführer trodnete sich die Stirn, tat einen Schritt aus dem Pufferkasten und fuhr dann fort:

„Beim Hin- und Herfahnen hatte ich nicht viel auf Wetter, Wind, Weg und Steg geachtet und ich bemerkte nur eben, daß es noch wie heute und heute in der Luft, als ich in den Einschnitt bei der alten Delmühle eingetreten war, durch den hindurch man die Fenster meines Hauses gesehen hätte, wenn man überhaupt zehn Schritte weit hätte sehen können. Ich ging im rechten von beiden Gleisen im Einschnitt fort, weil es für meinen Weg schneller war und ich von ihm aus das Haus zuerst sehen konnte.“

Und zwar ging ich ganz ruhig, denn ich kam vom Bahnhof, und ihr wißt, es ist das Einfahrtsgleis, also konnte mir kein Zug von rückwärts nachkommen, und von vorn war keiner zu erwarten. Auch hätte ich ihn kommen hören müssen.“

Als ich nun mitten in dem Einschnitt war, der, wie es auch bekannt ist, in der Kurve liegt und in dem man an jedem Abend nicht eine Wagenlänge weit sehen konnte, hör' ich hinter mir pfeifen, und gleich darauf das Klipp und Klapp der Räder eines langsam herankommenden Zuges. Ich hörte auch, daß die Maschine den Zug vor sich herschob, denn der Maschinenführer war viel weiter hinten als das Räderrollen. Ich dachte: Aho! Das ist der Reservezug von ungefähr zwanzig Achsen, der vorhin auf dem Gleise drüben stand, und den sie nach dem Güterbahnhof hinüberdrücken. Alles das ging mir aber nur ganz dunkel durch den Sinn, wie man immer mechanisch an den Dienst denkt, auch wenn man Kopf und Herz von anderen Dingen voll hat. Ich sagte: ganz dunkel; im Grund ging's mich ja nichts an, denn der Zug mußte gleich auf dem linken Gleise an mir vorbeikommen. Als aber das Ping und Pong der Räder auf dem hartgefrorenen Gleise ganz nahe herankommen war und ich schon hörte, wie die Rostette von dem vordersten Packwagen hin- und herfuhr, und sah, wie das Licht seiner Signallaterne neben mir auf dem Schnee hinzugleiten begann, drehte ich den Kopf zur Seite, um den Kerls drüben auf dem Zug ein „Prosit Neujahr!“ zuzurufen.

## Einst und jetzt.



1900: „Kusch dich, China! Schön Pfötchen geben!“



1926: „Wollen Sie bitte den Hut ziehen, John Bull!“

Aber da war kein Zug auf dem Gleise drüben — und in demselben Augenblick — nun — da bekomme ich einen gewaltigen Stoß in den Rücken. Feuer sprühte mir aus den Augen — puff, lege ich flach im Gleise, auf dem Gesicht, und pung — pung — beginnen die Wagen über mich wegzugehen.

Der alte Lokomotivführer machte hier wieder eine Pause. Es war totenstill im Führerzimmer, weitgeöffneten Auges, vorgebeugt, bleich, umgaben die trübsinnigen Gesichter der Führer den Tisch.

Der alte Lokomotivführer machte hier wieder eine Pause. Es war totenstill im Führerzimmer, weitgeöffneten Auges, vorgebeugt, bleich, umgaben die trübsinnigen Gesichter der Führer den Tisch. Rinder, in dem Augenblick, der zwischen dem Stoß und meinem Hinaus-auf-der-Erde-Liegen war, habe ich soviel gedacht, wie fast zwischen Ostern und Pfingsten nicht. Zuerst an daheim, die warme Stube und alles darin und an das Neujahrsgeleit und den Neujahrsfrühgang morgen — na, und dann kalkuliert es zu deutlich, als hätte ich sein Rangieren zu kommandieren über den Zug, der über mich hinwegging. Warum kam er denn auf — er unrecht. — im Gleise, in dem ich geangogen war, dem Einfahrtsgleise herauswärts? Und da hatte ich es gleich, was ich vorhin bei meinem Gräbeln vergessen hatte. Das Ausfahrtsgleis hatte ich ja am Mittag noch tief im Schnee verweht gesehen, und deshalb fuhr ich auf dem Einfahrtsgleise hinaus. Dann sah ich den Zug deutlich stehen; es konnten nicht mehr als zwanzig bis zweiundzwanzig Achsen Güterwagen sein, alles unsere eigenen Wagen; die gingen alle hoch über den Schienen; die toten mir nichts — ich lag flach genug zwischen den Gleisen. Aber die Maschinen, die Achtfüßer der Maschinen! Ich kannte die drei Maschinen, die noch auf der Station im Feuer standen, wie meine Tabakdose. Der „Wittkeind“ ging wohl harmlos über mich hinweg, auch wenn ich beleibter gewesen wäre als ich damals war; der „Jermann“ konnte mir allenfalls noch gnädig sein, wenn er wenig Wasser und Feuer im Kessel hatte, und die Riesfüllung, auf der ich lag, nicht die war, aber unter dem „Sirius“, einem von den neuen niedrigen Elefanten, war ich ein toter Mann. Ja, ein gleich Loter, das wäre nicht das Schlimmste gewesen, aber ein langsam in Stücke zerrissener und gedrückter Mann. Welche Maschine war es nun, die da kam?

Alles das, seht ihr Kinder, hatte ich eigentlich zwischen Stoß und Liegen gedacht, aber als ich einmal lag, hörte alles Kalkulieren auf, und nur ganz instinktmäßig streckte ich mich und zog den Atem an und machte mich dünn, wie der Warden, der aus der Falle will, und zählte die Achsen, die über mich hinweggingen. Da sprach deutlich jedes Ping Pong Silben aus, die sprachen: Ein schlechter Tod — ein schlechter Tod. Und jetzt greift mich etwas Schweres an, nein, es ist noch nichts; es gleitet und streift mir flierend der Länge nach über mich hin und schlägt mich kalt ins Gesicht, es ist eine herabhängende Zugkette. Aber jetzt kommt's, dann sah ich von der Seite, obwohl ich den Kopf in eine Lagerinne drückte, daß die Schiene und der Schnee und die rollenden Räderhüllen über mir heller rot beleuchtet wurden; das war das Maschinenfeuer, das aus dem Achsfesteln schien. — Jetzt fühlte ich es heiß werden, am bloßen Kopf und Gesicht. Die Schwellen drückten sich nieder; das Gleis drückte und bog sich; der Boden bebte unter mir, da ist's. — Und zugleich packte es mich auch mächtig im Rücken, drückte vorwärts — Gott sei mir gnädig! — da rih und roh — rih etwas an mir entzwei — und pang — pang — während, donnernd und stampfend war die Lokomotive über mir hinweg. Der Boden zitterte nur noch nach, vom freien Himmel herab stürzte das Schneewehen wieder auf mich nieder.

Wie ich auf die Beine gekommen, weiß ich nicht. Ich stand da und schüttelte mich und sah die roten Lichter der Maschine in der Kurve verschwinden, die mir auslachen wie die Augen des lebhaftigen Todes.

Dann fühlte ich mich an, was mir denn die Maschine vom Leibe gerissen habe, und seht, da fehlten mir die ordnungsmäßigen Knöpfe hinten am Dienstmantel. Ich ging zum nächsten Weichenwärter, ließ mir eine Laterne geben und suchte die Knöpfe im Schnee. Als wir aber zu Hause um die Bowle saßen, in die ich bald zweiell Arrak, bald zweiell Zucker tat, daß die Luise mich verwundert fragte: „Wann, was hast du denn heute? Du zitterst ja und sprichst gar nicht!“, da kam mir erst Verstand und Sprache wieder; und ich zeigte Luise die Knöpfe und erzählte ihr die Geschichte. Seht, ihr habe ich die Knöpfe und werde sie tragen, bis der Tod einmal wirklich kommt.“

(Mit Erlaubnis des B. D. D. Verlages, Berlin, dem Buche „Aus dem Reich der Technik“ von Max Maria von Weber entnommen.)

## Neujahr auf Horchposten.

Ein Erinnerungsblatt von Paul Franke.

Die Neujahrsnacht 1915/1916 war eine der schrecklichsten, die wir je während des langen Krieges erlebt hatten. Tagelang schon tobte bei grimmiger Kälte ein heftiger Schneesturm. Die Luft war so eiskalt und hart, daß man sich ein Tuch oder ein Stück Seil vor das Gesicht halten mußte, um überhaupt atmen zu können. Die Gräben, die 2 Meter bis 2,25 Meter tief waren, waren vollständig zugeweht und mit der Erdoberfläche gleich. Nur an einigen geschützten Stellen lag der Schnee nur etwa einen Meter hoch. Eine solche Nacht war die Neujahrsnacht und wir zogen auf Horchposten. Bei diesem Wetter war jede Kriegshandlung fast unmöglich. Der Ruf, der unsere nur äußerst schwach beleuchteten Linien mit feiner vier- bis sechsfachen Uebermache leicht hätte überrollen können, da er ja den Schneesturm im Rücken hatte, beugte sich damit, uns ab und zu eine „schwarze Sau“ zu schicken. Eine solche „schwarze Sau“ schlug dicht hinter unserem Unterstand ein, gerade als wir auf Horchposten waren. Ein „Splitter“ aber, der zurückflog, durchschlug die leichte Tür unseres Unterstandes und traf einen Kameraden, der sich gerade zur Abkühlung fertig machte so, daß er laut- und schmerzlos ins bessere Jenseits hinüberstift. Bei dieser grimmigen Kälte hatte das weiße Oberkommando zwar angeordnet, daß die Horchposten statt zwei nur eine Stunde stehen sollten, wo aber der Erfolg herkommen sollte, daran hatte man nicht gedacht. Und so standen wir trotzdem immer zwei Stunden, um wenigstens vier Stunden Ruhe zu haben.

Und so stierten wir mit zusammengekniffenen Augen in die finstere Nacht. Von oben in die Schußlinie dringt der Schnee. Bald sind die Füße wie ein Eisklumpen, die Unterhosen, die Hände und Arme wie abgestorben. Es ist uns nicht mehr möglich, das Gewehr zu halten, und gleichgültig legen wir es in den Schnee, wo es bald zugeweht ist. Hätte uns jetzt jemand den Kopf abgeschlagen, uns wäre es egal gewesen, wir vermochten keinen Widerstand mehr zu leisten. Währenddessen sahen die Offiziere in ihren Unterständen und besoffen sich, teils aus Verzweiflung, teils um während der erhöhten Alarmbereitschaft wach zu bleiben. Als wir nun endlich abgelöst wurden, waren wir halb erfroren. Der Mantel war steif vor Kälte und stand vom Körper ab, der Kopfschützer war an den Haaren festgefroren und taute erst im Unterstand allmählich auf. Die Augen waren durch den feinen kaligen Schnee schrecklich entzündet und schmerzten noch tagelang danach. Am anderen Tage meldeten wir beide Horchposten uns krank. Ich hatte Fieber und fürchterliche Schmerzen in den Unterhosen. Die erste Frage des Arztes war, ob ich schon einmal geschlechtskrank gewesen wäre. Auf meine höfliche Antwort, daß wir in dieser Nacht auf Horchposten waren und 18 Grad Kälte hatten, gab er mir zwei Aspirintabletten, bepöpselte meine Beine mit Jod und wickelte sie in schwarzgraue Watte, die ich aber nach zwei Tagen ins Feuer steckte, da sämtliche Wäse meines Körpers in dieser warmen Hülle ihr Hauptquartier aufgeschlagen hatten. Meinem Kameraden erging es schlimmer. Er wäre ein Simulant, schnauzte ihr der Arzt an, und meldete ihn dem Kompagnieführer. Dieser schickte ihn am Tage auf Einzelposten. Als er nach zwei Stunden abgelöst werden sollte, zog man ihn, steif wie ein Brett gefroren, aus dem Horchloch. Er war den „Heldenstod“ gestorben. In kurzer Zeit verlor unser Bataillon durch die entsetzliche Kälte 70 Mann an Toten und Vermundeten, und noch elf Monate später, als ich verwundet im Lazarett lag, erzählte man sich dort von den fürchterlichen Verkümmelungen und Amputationen, die die Hasserfrorener über sich hatten erachen lassen müssen.

Der Aufenthalt in unserem Unterstand war auch nicht gerade verlockend. In dem Loch von viermal vier Meter Größe hausten wir zu fünfzehn Mann auf einem Tannentreibstängel. Das „Fenster“ hatten wir uns aus Heiligenbildern gemacht, und ein Dien aus alten Ziegelsteinen lieferte die dürftige Wärme und den dazugehörigen Qualm. Eine Anzahl Konfervenbüchsen bildeten den Schornstein und eine runde, flache Blechbüchse, in der wohl früher mal schmackhafte Lebkuchen aufbewahrt wurden, war unsere Watschbüchse.

Vor etwa hundert Jahren ging in fast derselben Gegend die ruhmreiche große napoleonische Armee zugrunde, und noch heute gibt es Leute, die da singen: „Mit Mann und Roß und Bogen, hat sie der Herr geschlagen.“

